Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbmonatlich 100 Mark. Einzelverkaufspreis 7 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 24 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 22 Mark, für Reklamen 75 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 375 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 258. Freitag, 3. November 1922. 29. Jahrgang.

Deutsche Vorschläge.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission haben am Donnerstag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Vertreter der alliierten Staaten sind jetzt über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage bis in die kleinsten Details unterrichtet. Sie haben im Laufe der Verhandlungen die Gründe für eine Hilfe von außen und die Auffassung der Reichsregierung über die sonst noch möglichen Pläne zur Stabilisierung der Mark kennen gelernt und wünschen nun von Deutschland einen schriftlich fixierten Vorschlag über

1. **Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark,**
2. **die Behebung der schwebenden Schuld und**
3. **den Ausgleich unseres Budgets.**

Dieser Vorschlag soll von den deutschen Unterhändlern in der Freitagsitzung vorgelegt werden und die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache bilden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die endgültige Fixierung des verlangten Vorschlages in einer am Freitag vormittag abzuhaltenden Kabinettssitzung vorzunehmen. Bereits von Ankunft der Reparationskommission in Berlin hatten bekanntlich die Reparationsressorts mehrere Entwürfe für eventuelle deutsche Vorschläge über die Stabilisierung der Mark ausgearbeitet. An Hand dieser Ausarbeitungen, die übrigens auch die Grundlage der Erklärungen bildeten, die der Reichsfinanzminister gegenüber der Reparationskommission machte, wird das Reichskabinett den verlangten Vorschlag formulieren.

Nach dem Stand der deutschen Verhältnisse kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Vorschläge neben einer ausführlichen Begründung unseres Elends als ersten Punkt den Beweis für die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe führen. Ohne äußere Anleihe — darüber ist sich die Reparationskommission während ihres Aufenthalts in Berlin sicherlich schon klar geworden — sind alle inneren Maßnahmen gegen die Währungskatastrophe und zur Behebung unserer Not auf die Dauer vergebens. Nach den vorläufigen Schätzungen hervorragender Finanzsachverständiger bedarf Deutschland gegenwärtig zum mindesten einer Anleihe, die der Summe von **500 Millionen Goldmark** entspricht. Daß eine derartige Anleihe, die zur Stabilisierung der Mark, zur Behebung der schwebenden Schuld und zur Ausgleichung unseres Budgets Verwendung finden muß, nicht ohne Sicherheit zu erlangen sein wird, darüber sollte sich die Reichsregierung von vornherein klar sein. Sie tut deshalb nur gut, ohne weiteres die Sicherheiten anzubieten, die in unserer Kraft liegen.

Darüber hinaus müssen ebenso Maßnahmen im Innern des Reiches vorgeschlagen werden. Bisher war die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei, die neben der notwendigen Forderung nach einer äußeren Anleihe, die sie zur endgültigen Sanierung der deutschen Finanzen für unbedingt notwendig hält, positive Vorschläge zu Maßnahmen im Innern vorgeschlagen hat. Außer einer Aktion zur Stützung der Mark durch Verwendung eines Teiles des Goldbestandes der Reichsbank hat sie die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe, eine beschleunigte Steuereinziehung, eine Hemmung der Luxuseinfuhr und andere handelspolitische Maßnahmen empfohlen. Diese Forderungen, die sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in dem bekannten Schreiben an den Reichskanzler in ihren wesentlichen Punkten zu eigen gemacht haben, hält die Sozialdemokratie nach wie vor aufrecht. Mehr noch! Sie erwartet von der Reichsregierung, daß ihre Forderungen in den Vorschlägen an die Reparationskommission die notwendige Verwertung finden. Der Dollarkurs vom gestrigen Abend sollte der Reichsregierung beweisen, wohin das deutsche Volk geführt wird, wenn Havensteinsche Rezepte weiterhin Anwendung finden.

Die Goldanleihe im Auslande.

Berlin, 3. November.

Wie das „Berl. Tagebl." hört, haben sich in den allerletzten Tagen ganz bestimmte Aussichten für eine Goldanleihe im Auslande eröffnet. Es besteht die Möglichkeit, durch Vermittlung eines sich über verschiedene, auch neutrale Staaten erstreckenden Konsortiums eine solche Anleihe zu erhalten.

Der erste Eindruck der Reparationsverhandlungen in Paris.

TU. Paris, 3. November.

Der Havas-Agentur wird aus Berlin gemeldet: Der Eindruck der ersten Fühlungnahme zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung ist relativ günstig. Die maßvolle und höfliche Rede des Reichskanzlers zerstreut die Befürchtungen, die der Kanzler mit seinem Wunsche, als erster das Wort zu ergreifen, erweckt hatte. Es scheint, daß auf deutscher Seite ein fester, betonter und guter Wille besteht, mit der Reparationskommission zusammen zu arbeiten. Aber die sehr allgemein gehaltenen Ausführungen, die bisher gemacht worden sind, erlauben natürlich nur ein Urteil mit Vorbehalt.

Absetzung des Sultans?

Wer wird Kalif?

SPD. Die türkische Frage scheint noch vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz in ein neues Stadium zu treten. Nach einer vorerst allerdings noch nicht amtlich bestätigten Nachricht hat die türkische Nationalversammlung in Konstantinopel den Sultan für abgesetzt erklärt und für ihn einen Nachfolger nicht berufen. Man scheint zu beabsichtigen, das ehemals osmanische Kaiserreich in eine Art von Republik zu verwandeln. Das würde für den Orient ein vollständiges Novum bedeuten. Die orientalischen Staaten fielen und standen bisher mit der monarchistischen Form. Der Monarch galt ihnen zu gleicher Zeit als der oberste religiöse Vertreter, und zumal für die Muselmanen war der Sultan zu gleicher Zeit der Kalif, der als das Oberhaupt der mohammedanischen Kirche galt, über die Grenzen des osmanischen Reiches hinaus. Aber auch die Türkei hat sich modernisiert. Schon vor dem Kriege waren die Jungtürken dafür bekannt, daß sie dem Thron nicht mehr die Achtung entgegenbrachten, die er in Kleinasien lange Jahrhunderte hindurch für sich beanspruchen durfte. Revolutionäre Umtriebe und Putsche zeigten, daß der Sultan in den Händen der einzelnen politischen Gruppen nur noch eine Art Schachfigur war. Das Auftreten der europäischen Großmächte hat im Orient dafür gesorgt, daß das Ansehen des angestammten Herrscherhauses, das man dem Volk in Europa selbst als eine Art nationalen Heiligtums hinzustellen beliebte, gründlich untergraben wurde. Der Friede von Sevres, den der Sultan widerspruchslos unterschrieb, hat der kaiserlichen Institution in der Türkei den letzten Rest gegeben. Kemal Paschas Widerstand und seine Siege über Griechenland und England bewiesen dem osmanischen Volk, daß es auch ohne einen angestammten Herrscher geht, und so wäre es ja nicht verwunderlich, wenn die Institution des Sultanats für den osmanischen Staat erledigt ist. Eine andere Frage allerdings wird es sein, wie nunmehr die kirchliche Frage geregelt wird. Einerseits ist nicht anzunehmen, daß man dem Sproß eines Königshauses, der sich derart kompromittiert hat, wie der letzte Sultan, und seinem Geschlecht die oberste kirchliche Würde auch weiter übertragen wird. Auf der anderen Seite ist die Vorstellungswelt der Mohammedaner zu sehr mit dem Kalifat verbunden, um kurzerhand einer Neuregelung unterworfen zu werden. Es wird vom völkerpsychologischen Standpunkt von größtem Interesse sein, wie die Türkei einen Ausweg aus dem Zwiespalt finden wird.

Englische Gemeinderatswahlen.

London, 2. November.

Gestern fanden in ganz England und Wales die Gemeinderatswahlen statt, deren Ergebnis, wie die Blätter hervorheben, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament von besonderem Interesse ist. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigen eine sehr schwere Niederlage der Arbeiterkandidaten und einen Erfolg der Konservativen. Es wird besonders betont, daß die Industriestädte im Norden stark gegen die Arbeiterkandidaten gestimmt haben. „Times" zufolge haben nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Wahlen in der Provinz die Konservativen 101 Sitze gewonnen und 12 verloren, die Liberalen 33 Sitze gewonnen und 11 verloren, die Unabhängigen 37 Sitze gewonnen und 19 verloren. Die Ergebnisse der Londoner Wahlen bis 1,30 Uhr morgens zeigen, daß die Arbeiter in verschiedenen Wahlbezirken, wo sie früher die Mehrheit hatten, schwere Verluste erlitten. In Southwark (Südlondon) verloren sie alle 30 Sitze, ferner 13 Sitze in Greenwich, 22 in Shoreditch und 23 in Camberwell. In Fulham (Westlondon) verloren die Arbeiter alle 24 Sitze; in Plymouth verloren die Arbeiter 7 und in Liverpool 9 Sitze.

London, 2. November.

Gestern abend haben in London die Gemeindewahlen stattgefunden. Konservative und Fortschrittler gingen in den meisten Stadtteilen zusammen, um den Sozialisten entgegenzutreten, deren Programm die Kommunalisierung der Transportmittel und öffentlichen Unternehmungen sowie des Milch-, Brot- Wurst- und Kartoffelhandels verlangt.

*

Wenn es auch wichtig ist, daß die Wahlen angesichts der bevorstehenden großen Entscheidungsschlacht für das Unterhaus von besonderem Interesse sind, so darf man die Bedeutung ihrer Ergebnisse nicht übertreiben. Gemeinderatswahlen pflegen in allen Ländern und vor allem in England unter ganz anderen Gesichtspunkten vorgenommen zu werden als politische Wahlen. Bereits vor zwei Jahren erlitt die Arbeiterpartei bei solchen Gemeindewahlen schwere Verluste gerade in einer Zeit, in der sie im ganzen Lande im schönsten Aufschwung begriffen war und einen Parlamentssitz nach dem anderen neu eroberte. Es ist zwar keineswegs unmöglich, daß die Labour Party am 15. November eine schwere Enttäuschung erlebt und die englische bürgerliche Presse weiß von einem starken Nachlassen ihrer Werbekraft in letzter Zeit zu berichten, aber es wäre verfehlt, aus den gestrigen Ergebnissen schon weitgehende Schlüsse zu ziehen, zumal sich da eine bürgerliche Einheitsfront gebildet hatte, die am 15. November nicht vorhanden sein wird.

Das Programm Mussolinis.

Paris, 2. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel hat auf Vorschlag Rifa Nura Beys die Große Nationalversammlung am Sonnabend nach einer bis Mitternacht währenden Debatte die Absetzung des Sultans proklamiert. Kiasim Karabekir Pascha sei zum Generalgouverneur von Konstantinopel ernannt und aufgefordert worden, sich sofort dorthin zu begeben, um sein Amt zu übernehmen. Die Nationalversammlung habe für den Sultan keinen Nachfolger bestimmt, sich aber vorbehalten, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen. Sie habe schließlich das Volk für souverän erklärt und beschlossen, die Bezeichnung Osmanisches Reich durch Türkischen Staat zu ersetzen, was der Proklamation einer Republik gleichkomme.

Zuckerbrot dem Großkapital.

Rom, 2. November.

Mussolini erklärte in dem gestern nacht zusammengerufenen dreistündigen Ministerrat, in ganz Italien sei die Ruhe zurückgekehrt. In 24 Stunden hätten die Staatsbahnen 42 000 Faszisten von Rom abgeschoben. Die Maßnahmen der Faszisten gegen einzelne Personen, Zeitungen und Unternehmungen müßten rückgängig gemacht werden. Mussolini stellt folgendes Programm für seine innere Politik auf: Wiederherstellung der Disziplin und Ordnung als Grundbedingung für die Entwicklung der Arbeit und der Produktion, Förderung aller Mittel und Anregungen zur nationalen Versöhnung. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzlage stimmte der Ministerrat der Aufhebung aller überflüssige Ministerien und Behörden und der Rückgabe der unzulänglichen Staatsbetriebe an die Privatindustrie zu.

Schwenkung Frankreichs in der Orientpolitik.

London, 2. November.

Wie die „Times" meldet, hat die französische Botschaft an Lord Curzon die Anfrage gerichtet, ob die britische Regierung möglicherweise gemeinsam mit der französischen Regierung bei den Türken Vorstellungen erheben würde wegen der von ihnen geplanten Aushebung einer Armee in Ost-Thrazien. Höchstwahrscheinlich werden auch die Oberkommissare Frankreichs und Englands in Konstantinopel derartige Vorstellungen an zuständiger Stelle erheben, und zwar in dem Sinne, daß die Aushebung einer Armee in Ost-Thrazien durch die Türken dem Vertrage von Mudania zuwiderlaufe. Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, der Schritt der französischen Regierung bedeute, daß von Poincaré in naher Zukunft eine energischere Politik gegenüber den Türken erwartet werden darf. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Beibehaltung der alliierten Garnison auf Gallipoli, solange der gegenwärtige ungewisse Zustand dauert, fortan einen wesentlichen Teil der französischen Politik im nahen Osten bilden wird.

Ermordung französischer Soldaten in Trazien.

Paris, 2. November.

Der Vertreter des „Exchange Telegraph" telegraphierte seinem Blatt aus Adrianopel, daß 13 französische Soldaten von einer bewaffneten kemalistischen Bande getötet worden seien. Das „Journal des Débats" schreibt, wenn diese ernste, noch unbestätigte Nachricht richtig sei, dann ließe sie schon jetzt die verhängnisvollen Folgen der übermäßigen Nachgiebigkeit gegenüber den türkischen Nationalisten erkennen.

Annäherung Polens an Deutschland?

Warschau, 2. November.

Der hiesige offiziöse „Kurjer" schreibt über die Wirkung, welche die russisch-französische Annäherung für Polen haben könnte: Polen befindet sich durch die russisch-französische Annäherung in der dringenden Gefahr einer politischen Isolierung. Der einzige verständige Ausweg ist die schleunige und gerechte Lösung der polnischen Minderheitsfrage und danach der Versuch einer direkten Verständigung mit Deutschland.

810facher Druckpapierpreis.

Berlin, 2. November.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Nach langen Verhandlungen über den Druckpapierpreis für November erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministers den Preis von 187 Mk. abzüglich der auf etwa 25 Mk. je Kilo zu bemessenden Rückrechnung der Holzstoff- und Zellstoffverbände für angemessen. Somit hat der Druckpapierpreis das 810fache des Friedenspreises erreicht.

Dollar 6100.

Hermes-Prozeß.

Am Donnerstag richtete bei der Fortführung des Hermes-Prozesses der Vorsitzende zunächst eine Frage an Herrn Dr. Hermes und an Herrn Faust: „Wer hat denn eigentlich die Anregung zu den Weinlieferungen an Herrn Hermes gegeben?" Niemand weiß es. Herr Hermes nicht, Herr Faust nicht. Also wieder einmal der große Unbekannte.

Damit war schließlich die Zeugenvernehmung beendet. Am Schluß gab es einen charakteristischen Vorfall. Der Zeuge Faust wird vereidigt. Der Zeuge, Zentrumsmann und Katholik, bittet, den Eid nach der neuen unreligiösen Formel leisten zu dürfen. Das geschieht. R.-A. Dr. Levi weist sofort mit Recht auf diesen eigenartigen Vorgang hin, der bezüglich der Aussagen des Zeugen zu denken gebe. Nun die Plädoyers! Zunächst der Herr Generalstaatsanwalt Lindow. Er findet an der Handlungsweise des Herrn Finanzministers gar nichts auszusetzen. Nicht einmal der Vorwurf, der Minister habe sich unvorsichtig benommen, wird erhoben. Die Klarstellung des Falles, so meint der Herr Generalstaatsanwalt, sei zugunsten des Herrn Dr Hermes verlaufen. Herr Hermes sei eben bei den Winzern infolge seines Interesses für den Weinbau, als Landsmann und Parteifreund beliebt gewesen. Summa summarum: der angeklagte Redakteur der „Freiheit" hat also den Reichsminister gröblich beleidigt und soll deswegen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten zudiktiert bekommen. — Der Verteidiger des Reichsfinanzministers, R.-A. Dr. Alsberg, hatte nach diesen Ausführungen des Generalstaatsanwalts eine leichte Aufgabe. Seine Ausführungen waren daher auch kurz und inhaltsleer. — Nach ihm kam R.-A. Dr. Levi zu Wort. Er hatte schnell die Aufmerksamkeit der Richter, der Gegenseite und der Zuhörer, weil er — endlich — das Kind bei dem richtigen Namen nannte. Er wischte das viele Verlegenheitsgerede weg und stellte klar den Tatbestand der aktiven Bestechung gemäß § 333 Str. G. B. heraus, demzufolge es genügt, daß durch das Geschenk der Minister in eine günstigere Seelenverfassung für die Winzer von Mosel, Saar und Ruwer versetzt wurde. Der Direktor Faust hatte erklärt, der Minister habe geholfen und werde helfen. Deshalb die Geschenke. Geschenke waren die Weine. Faust hat es selbst gesagt und die Sendungen waren ja teilweise mit Verlust geliefert worden. Gravierender Umstand: nicht irgend ein zufälliger Minister, sondern der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, also der Minister für die Winzer, bekam Geschenke von den Winzern. Folglich sind alle Hinweise auf Bismarck und Bülow und irgend welche andere Beamte, die früher oder später irgendwo und irgendwie auch einmal ein Geschenk erhalten hatten, verfehlt und deplaciert. Erst schrieb sich der Verband die Finger wund — ohne Erfolg. Dann die Verbindung mit Dr. Hermes und alle Wünsche wurden erfüllt. „Nicht alle," betonte Hermes nach dem Plädoyers Levis, aber sofort stellte Levi fest, daß die Ablehnung verschiedener Wünsche der Winzer zwischendurch nur vorübergehend war und daß die Wünsche schließlich doch erfüllt wurden.

Dr. Boenheim, der zweite Verteidiger Hermes, betonte, daß zum mindesten ein Verstoß gegen den § 15 des Reichsbeamtengesetzes vorliege. Herr Hermes habe unbedingt an das Reichsbeamtengesetz denken müssen, obenin an das preußische Disziplinargesetz, mit dem sein Verhalten in Widerspruch stehe. Beim Fall Auer-Lin habe Hermes selbst erklärt, es genüge schon der Anschein, daß etwas nicht in Ordnung sei um einen Beamten unmöglich zu machen.

Nochmals redet R.-A. Alsberg um den Kern der Sache herum. Er glaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß der Minister keinen Schilling genommen und noch am Abend bei hervorragenden Persönlichkeiten, die seine Gäste waren, mit dem ihm gebotenen Moselwein Propaganda gemacht habe. Demgegenüber betonte Dr. Levi, daß doch Dr. Alsberg im Erzberger-Prozeß unerhörtlich auf der Beobachtung des kranken Machtstabes bei Ministern bestanden habe. Das Gerede von den Propagandaweinen sei nicht stichhaltig. Ein Ernährungsminister, der mitten im Interessenkampf eines hungernden Volkes steht, läßt sich „Symbole der Schaffenskraft des deutschen Volkes": Wein, Bier, Brot, Kartoffeln usw. nicht schenken! Man brauche nur die Frage aufzuwerfen: wenn es jeder so machte? und sofort empfinde man den Verstoß des Ministers.

Die von tiefem sittlichem Empfinden getragenen Ausführungen Dr. Levis wurden von dem Gerichtshof mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Niemand konnte sich des Eindrucks erwehren, daß das natürlich sittliche Empfinden auf der Seite Dr. Levis stand. Trotzdem wird man kaum mit Spannung das Urteil der Strafkammer, das am kommenden Sonnabend verkündet wird, erwarten.

Bayern sucht Minister.

SPD. München, 2. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die Bayrische Volkspartei stößt bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzusetzen, auf unerwartete Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach nationalen Persönlichkeiten, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben, Selbstüberwindung genug besäßen, „die Rolle eines Prügelknaben" zu übernehmen und der Mehrheitspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibendem Programm und Verhältnissen im Parlament populär, je nach der Konjunktur, mal ein bißchen mehr nach links und mal ein bißchen mehr nach rechts, zu regieren. Staatsrat Mayer, der als Lerchenfelds Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Kahr und Lerchenfeld zu fürchten. Ihn hat offenbar stutzig gemacht, daß ein Führer der Bayrischen Volkspartei geäußert hat: „Wenn der neue Ministerpräsident uns nicht mehr paßt, dann schicken wir ihn eben wieder fort." — Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtages, die für den 3. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der Demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition wirbt.

*

Die „Münchener Post" wendet sich in ihrer Donnerstag-Ausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterschaft, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hebt besonders hervor, daß die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen Faszisten Putschabsichten für den 11. November zlanen.

Neuordnung der Justiz!

In der ersten Sitzung der Kommission zur Aufstellung eines Entwurfs einer neuen Zivilprozeßordnung führte Reichsjustizminister Dr. Radbruch in einer einleitenden Ansprache über die Ziele des Gesetzgebungswerkes u. a. aus: Der aus einem vergangenen Zeitpunkt geborene Prozeß sei in seiner Schwerfälligkeit und Langsamkeit dem Volke völlig entfremdet. Der Unwille weiter Kreise richte sich aber nicht gegen das Prozeßgesetz, sondern gegen die, die es anwenden, gegen die Justiz. Ebenso wie gegen die Strafrechtspflege der Vorwurf der Klassenjustiz, werde gegen die bürgerliche Rechtspflege derjenige der Weltfremdheit der Richter erhoben, der doch eigentlich und wesentlich nur der Zeitfremdheit eines überalteten Gesetzes gelte. Aus solchen Stimmungen heraus ergebe sich die Flucht aus der ordentlichen Justiz, die wir jetzt mit Besorgnis erlebten, die Flucht der kleinen Objekte in die Sondergerichtsbarkeit und die der großen Objekte in die Schiedsgerichtsbarkeit. Die ordentliche Gerichtsbarkeit drohe zu einer Ruine zu werden, gerade noch gut genug, um daraus Steine zu brechen für den daneben zu errichtenden Neubau der Sondergerichte. Gerade die Gebiete, die der ordentlichen Justiz entzogen werden sollten, seien aber dieselben, aus denen sich am ehesten die Erneuerung ihres sozialen Gehaltes ziehen könne. Nur eine tätige und schnelle Neuordnung der Justiz könne ihrer fortschreitenden Aushöhlung durch die Sondergerichtsbarkeit und die Schiedsgerichtsbarkeit Halt gebieten.

In der zweitägigen Beratung besprach die Kommission die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Reform. In einigen Wochen wird die Aussprache fortgesetzt werden.

Außer dem Referenten des Reichsjustizministeriums und Vertretern der preußischen und bayrischen Justizverwaltung gehören der Kommission an: Reichsgerichtsrat Busch-Leipzig, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin-Braunschweig, Professor Stein-Leipzig, Justizrat Dr. Magnus-Berlin und als korrespondierendes Mitglied Rechtsanwalt Fuchs-Karlsruhe.

Um des Kaisers Brautgeschenk.

Die Genossen Otto Wels und Adolf Braun haben im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Nach bisher unwidersprochenen Nachrichten hat der ehemalige Kaiser in Berlin ein Diadem von ungeheurem Werte (mehrere hundert Millionen Mark) anfertigen lassen, das als Brautgeschenk für seine künftige Ehefrau aus Deutschland nach Holland überführt werden soll. Wir fragen an:

1. Hat die zuständige Regierungsstelle die Genehmigung zur Ausfuhr dieses Wertobjektes erteilt und ist in diesem Falle die Hinterlegung einer entsprechenden Kaution veranlaßt worden?

2. Wenn um die Ausfuhrgenehmigung nicht ersucht wurde, kann die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen?

3. Welche strafrechtliche Maßnahme gedenkt die Regierung zu ergreifen, wenn dieses große Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht würde?

Stützen der Republik.

Genosse Künstler, der die Vorgänge in der Marineschule Mürwik vom 24. und 25. Juni der Oeffentlichkeit bekanntgab, hat auf Grund des Ergebnisses vor dem Flensburger Schöffengericht folgende kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

Kapitänleutnant Stieringer sowie die Fähnriche z. S. Kupfer, Johannsen und Krüger haben am 24. Oktober vor dem Schöffengericht Flensburg auf die Frage des Rechtsanwalts, Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi, zugegeben, daß in der Marineschule Mürwik bei Flensburg das Ehrhardt- und Löwenfeld-Lied von „republikanischen" Offizieren gesungen wird. Somit ist vor Gericht festgestellt worden, daß Offiziere, welche der Republik den Treueid geleistet haben, durch Absingung von Strophen aus dem Ehrhardt-Lied wie:

Stolz tragen wir die Sterne
und unsern Totenkopf,
Wikingerschiff am Aermel,
Kaiserkrone im Knopf.
Hakenkreuz usw.

Mag man uns auch bekämpfen,
spielt mit uns Schindluderei,
wir wußten, was wir taten,
bleiben dem Kaiser treu
Hakenkreuz usw.

und dem Löwenfeld-Lied wie:

Und nimmt man uns den Führer weg,
so woll'n wir lieber sterben,
als im Republikanerdre—k
verdrecken und verderben.
Als wack're Landsknecht schwören wir
der Brigade aufs neue,
zu schirmen schwarzweißrot Panier
und Treue, bis ich falle usw.

gegen die Republik demonstrieren.

Ich frage daher an:

1. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diese Offiziere zur Rechenschaft zu ziehen, welche sich durch ihr Verhalten gegen die Republik erklärt haben?

2. Ist vom Reichswehrministerium an die Reichswehr wie auch an die Marine ein Befehl erlassen worden, welcher obengenannte Lieder verbietet?

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB. warnt die Arbeiter aller Berufe vor Zuzug nach Groß-Hamburg, wo die Zahl der Arbeitslosen in allen Gewerben von Tag zu Tag steigt. Zu dieser schlechten Beschäftigungsmöglichkeit kommt der große Mangel an Unterkunftsräumen, sodaß alle Zugereisten der schlimmsten Ausbeutung durch die Vermieter preisgegeben sind. Die Hamburger Gewerkschaften bestehen darauf, daß bei den staatlichen Notstandsarbeiten nur staatsansässige Arbeitnehmer verwendet werden.

SPD. **Der organisatorische Zusammenschluß** der preußischen Polizeibeamtenverbände hat die bisher im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands organisierten Länderverbände veranlaßt, den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands unter dem 26. Oktober 1922 aufzulösen.

Am gleichen Tage ist unter Beteiligung sämtlicher Polizeibeamtenverbände Deutschlands der „Deutsche Polizeibeamtenbund" gegründet worden.

SPD. **Das ungeheure Kohlendefizit** hat die Reichsbahnverwaltung genötigt, bisher für 30 Milliarden Mark Steinkohlen aus England einzuführen.

Der Aeltestenausschuß des Reichstages wird am Freitag über den Wiederzusammentritt des Plenums Beschluß fassen. Wahrscheinlich tritt der Reichstag vor dem 10. November nicht zusammen.

Was hat Sie zum Sozialisten gemacht?

„Der Neue-Welt-Kalender" für 1923 hat eine Umfrage veranstaltet: „Was hat Sie zum Sozialisten gemacht?" Die eingelaufenen Antworten geben wir nachstehend wieder. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der „Neue-Welt-Kalender", der in unserm Hamburger Parteiverlag erscheint, in jedes Proletarierheim gehört. Die Red.

Karl Bröger:

Was mich zum Sozialisten gemacht hat? Bis zu meinem zwanzigsten Jahre wußte ich nichts vom Sozialismus, weil ich nichts davon wissen wollte. Dann steckten sie mich in den bunten Rock. Als ich nach zwei Jahren vom Militär frei wurde, gab es einen überzeugten Sozialisten mehr. Keine Mißverständnisse! Es ist mir nicht schlecht gegangen während meiner Dienstzeit. Wie ich mich kenne, hätte auch das Gegenteil kaum diese Bekehrung bewirkt; denn ich bin nicht veranlagt zu Gesinnungen, die einer heißen oder kalten Wut ihr Dasein verdanken. Ich erkannte in diesen zwei Jahren einfach den Unsinn aller „Herrenrechte". Die Auslieferung des Menschen an eine kalte, herzlose und hirnlose Maschinerie ist mir überwältigend demonstriert worden. Seitdem trete ich jedem an die Seite, der einer solchen Maschinerie ausgeliefert ist. Seitdem bin ich Sozialist.

Paul Zech:

In das Landhaus eines Kohlenmagnaten war ich, neunzehnjähriger Bursche mit bunter Mütze, nicht geladen, den Schweiß proletarischer Stirnen zu schmecken. Es war ein Gartenfest vielmehr, mit Lampions, gepatzten Frauen, Völlerei und schiefem Schädel danach. Am nächsten Morgen, zum Spaß, fuhr man in den Schacht hinunter. Dreihundert Meter tief glänzte dem feisten Menschenpriester der schwarze Bauch. Fünf Tote zog das blinde Grubenpferd heran. Der Oberbeiger notierte gleichgültig: Weisel . . . Kämper . . . Fromein. Dem Vierten und Fünften war nichts Erkennbares mehr geblieben. Da riß ein Erschauern quer durch mein Blut. Ich floh und fand noch acht Tagen am selben Ort: wie ein Mörder, den das Rachegewissen mit Zangen packt. Ich stiff wie die andern das Schlaguenterlied und war wie sie: bedüdiger Karr Nr. 718 auf der Kontrollnadel. Ich ging mit dem Haufen durch die Versammlungsräume: ich trug meinen Namen in eine Liste ein, und hinz hinfort: Genosse. Um der fünf Toten willen. Um jenes Erschauerns willen, das noch immer von Mitternacht zu Mitternacht kriegt: Ecce homo!

Karl Henckell:

War es der Anblick des großstädtischen Elends und besonders schreiender Mißverhältnisse der Gesellschaft, wodurch der zwanzigjährige, großbürgerliche Student der Philologie in Berlin mit elementarer Gewalt des Gefühls in den ersten, entscheidenden Kontakt zur Sphäre des Sozialismus gebracht wurde? Ich möchte diese bedeutsame Schicksalsfrage heute rückhaltlos bejahen. Mitleiden und Ergriffensein aus beleidigter innerster Anschauung sind die Quellen, die meine nach Erkenntnis des Lebens dürstende Seele in dieser Richtung am stärksten gespeist und beeinflußt haben. Persönlich völlig uninteressiert im privaten, und doch auf persönlich berührt im menschlichen Sinn, gab ich mich mehr und mehr dem Strome hin, der meine Sehnsucht dem Bilde einer endlich gerechten Welt entgegentrug. Was dann bald auch im politischen Sinn meine Sympathie für den deutschen demokratischen Sozialismus heigerte und im Atem hielt, war die leidenschaftliche Empörung über die ungerechte, ausnahmegesetzliche Verfolgung, der seine in der Volksminderheit befindlichen Anhänger seitens der Staatsgewalt jahrelang ausgesetzt waren.

Hans Baluschek:

Wie ich Sozialist wurde? Aus dem Gefühl der Pflicht gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Arthur Holitscher:

Mich haben Jugendeindrücke zum Sozialisten gemacht: die Stellung der Dienstboten im bürgerlichen Elternhause und eine kleine, in Wien erschienene Schrift über Charles Fourier, deren Verfasser mir nicht mehr erinnerlich ist.

Ernst Toller:

Ein Knabenerlebnis der proletarischen Seele hat mich zum Sozialisten aus Gefühl, der Krieg hat mich zum revolutionären Sozialisten aus Gefühl, das Studium der Werke der großen sozialistischen Führer hat mich zum revolutionären Sozialisten aus Erkenntnis gemacht. Alles ist aber nur halb richtig. Mich hat zum Sozialisten nichts „gemacht". Ich bin Sozialist aus eigener Zwangsläufigkeit.

Pfarrer Bleier:

Ich bin kein „geborener" Sozialist, sondern stamme aus einem monarchischen, altgläubigen Hause. Aber mein Vater liebte die Armen, trat für sie ein in der Presse und vor Gericht gegen den Bürgermeister, der sie vergewaltigte. Dies Blut rollt in meinen Adern und zog mich auf die Seite der Unterdrückten und als mein Vater gemaßregelt werden sollte, weil ein Beamter niemals gegen einen Beamten vorgehen darf zugunsten der Armen in der Staatsstube, weil der Staat kapitalistisch ist, da wurde ich zum Antikapitalisten. Denn ich litt mit denen, die in Mansarden und Kellerlöchern dahinsiechen und starben, ich fühlte den Hungrigen in mir gegenüber Prunkkirchen und barocken Kirchenfürsten, ich suchte mit denen, die aus Religion die Kirche verließen, nach Religion, nach Gerechtigkeit und Menschenliebe. Vorläufig fand ich keine Brücken. Mir wurde von Kollegen gesagt, als ich in die Gewerkschaftshäuser wollte: Du wirst niedergebrüllt, dich hören sie nicht an. Da kam die Revolution. Sie machte mir Mut. Und ich fand Brüder, Schwestern, die zuerst zögernd, dann warm und leuchtend mir die Bruderhand drückten.

Heinrich Vogeler:

Der Krieg, der völlige geistige und wirtschaftliche Bankrott der alten Welt, machte mich zum Sozialisten. Die alte Erziehung, der ganze Mechanismus, der mit den intellektuell gepredigten Idealen im krassen Widerspruch stand, und noch steht: Militarismus, Privat- oder Staatskapitalismus, Kirche, Volk sind Beispiele des Dualismus, in dem wir leben. Ich habe mit allem, was ich besitze an geistigen und materiellen Gütern, den Bankrott sakrisch angetreten und kämpfe nur für die Rechte der Besitzlosen, um mitzuhelfen an dem Aufbau einer organischen Welt, die den Begriff „Volk" als klassenlose Gesellschaft der Menschen verwirklicht.

Ernst Preczang:

Wüste war mir die Welt und frierende Oede,
Leib und Seele von herrischen Fäusten umpreßt;
Nahrung des Geistes ein schmählicher Bettelrest,
Und die Herzen ungütig, voll Hochmut und spröde.

Riefen mitduldende Brüder mich: Jede und jede
Kraft, die der Arme in sich verderben läßt,
Sei gerettet! Wir zünden uns selber ein Fest:
In der Grauheit der Tage die leuchtende Fehde.

Urgeborenes Recht soll sich Leben erstreiten
Menschtum soll wachsen aus Blindheit und blutigem Grauen.
Und uns die Erde zu fröhlicher Heimat bereiten . . .

Neues Dasein begann sich in mir zu erbauen
Und meine Augen so wunderfreudig zu weiten,
Daß sie im Heute das blühende Morgen schon schauen.

Henri Barbusse:

Der Weg, auf dem ich zum Sozialismus gekommen bin, war der Weg redlichster Ueberlegung, wie einer tiefer und tiefer in materielles und moralisches Elend versinkenden Welt zu helfen sei. Die heute geltende Ordnung eines Systems der Privilegien, eine Ordnung, in der ohne Ausnahme alle Völker niedergehalten wurden und werden, ist wie ein unersättliches Ungeheuer, das alle Fortschritte und alle Anstrengungen des ringenden Menschengeistes seinen Zwecken dienstbar macht. Auf solcher Basis kann es keinen wahrhaften Fortschritt geben. Nur ein Leben der Gemeinschaftlichkeit, der Menschen wie der Völker, nur eine Internationale beider, der Wirtschaft und des Geistes, die eine die andere bedingen und durchdringen wird, führt zur Höhe.

Fort mit Havenstein!

Die Reparationskommission weilt in Berlin, um mit der Reichsregierung über Maßnahmen zur Stützung der Mark zu beraten und, wenn sie auf Widerstand stößt, Kontrollmaßnahmen über die deutsche Finanzwirtschaft zu verhängen. Daraufhin erklärt Havenstein in einer Rede im Zentralausschuß der Reichsbank öffentlich, daß er keinesfalls bereit sei, das Gold der Reichsbank zur Stützung der Währung zu verwenden. Er gibt sich noch immer der Illusion hin, daß das Gold, das in den Kassen der Reichsbank liegt und niemals das Licht der Welt erblickt, die deutsche Währung aufrecht erhalte und sie vor weiteren Erschütterungen schütze. Herr Havenstein hat das geglaubt, als die Mark den Wert von einem Dreizehnhundertsiebenundsiebzigstel Pfund Gold hatte. Er hat mit dazu beigetragen, daß sie heute auf ein Tausendstel ihres damaligen Wertes herabgesunken ist. So hat also das deutsche Gold die Währung gestützt.

Diese Auffassung wäre nicht erheblich, wenn sie nur irrig wäre. Auch Reichsbankpräsidenten können sich belehren lassen. Aber seine Auffassung ist nicht nur ein Irrtum, nein, die öffentliche Kundgebung des Herrn Havenstein ist lediglich ein Ausfluß seines Charakters, seiner grundsätzlichen Einstellung zur Finanz- und Währungspolitik überhaupt. Er will unter allen Umständen nichts tun.

Herr Havenstein ist mitverantwortlich für die unverantwortliche Finanzpolitik, die während des Krieges in Deutschland getrieben wurde, jene Finanzpolitik, die alle Hoffnungen auf die eine Karte setzte, ein überwundener Gegner würde die deutsche Kriegsschuld mit Zins und Zinseszins bezahlen. Die Hoffnung trog. Die Reparationspolitik der Entente beschleunigte den Sturz der Mark, alle Versuche, dem entgegenzutreten, mußten scheitern, weil die von Deutschland geforderten Zahlungen weit über das Maß jeder Leistungsfähigkeit hinausgehen. Aber es hat niemals an Versuchen gefehlt, das Valuta-Elend zu mildern. Schon im Jahre 1920 beriet man darüber, wie man mit Hilfe der Exportabgaben und besonderen Einnahmen einen besonderen Fonds zur Stützung der Mark schaffen könne. Hierzu war die Gründung einer Gemeinschaftsbank notwendig. Der Gedanke stieß auf den Widerspruch der privaten Banken, die sich damals auf das Urteil des Herrn Havenstein berufen konnten, der sich ebenfalls gegen ein solches Unternehmen aussprach. Mühelos, so sagten sie, wollten die Banken im Falle der Not die Kreditansprüche der Wirtschaft bewältigen. Die heutige Kreditnot, die als schönste Blüte Zinssätze von 120 Prozent zeitigt, ist das Ergebnis.

Die Reichsbank kann — so sagt Herr Havenstein — ihr Gold nicht entbehren. Tatenlos aber sieht sie zu, wie in Berlin Tausende von Goldankaufsstellen, nicht nur hauptgeschäftliche, sondern auch nebenberufliche, die von Schokoladenhändlern und anderen Existenzen betrieben werden, blühen und gedeihen. Milliardenwerte von Gold fließen so ins Ausland, die die Reichsbank hätte haben können. Natürlich kauft die Reichsbank auch Gold an, wenigstens Goldmünzen. Aber sie bietet einen Preis dafür, der weit unter dem Preis des freien Handels bleibt und der die Verkäufer solcher Wertstücke direkt den Händlern zutreibt.

Als die Reichsbank Teile ihres Geldes zur Verfügung gestellt hatte, um die erste Reparationsmilliarde an die Entente zu zahlen, hoffte ein Teil der Devisenspekulation, daß Deutschland sich noch aus dem allgemeinen Finanzelend retten könne. Es gab viele, die noch auf die Mark etwas setzten. Da trat Herr Havenstein auf und erließ einen erschütternden Notschrei mit dem Erfolg, daß die Mark einen entscheidenden Stoß erhielt. Und noch jetzt, wo wir weder Reparationen, noch Ausgleichszahlungen zu leisten haben, zeigt sich Havenstein als Gegner jeder aktiven Währungspolitik. Die Gewerkschaften, und zwar sämtliche großen Spitzenverbände, haben erst jetzt wieder in einer Denkschrift (siehe an anderer Stelle) ihre Forderungen niedergelegt, die sich fast vollinhaltlich mit den Wünschen der Sozialdemokratischen Partei decken. Zu diesen Gewerkschaften gehören aber nicht nur Mitglieder der Sozialdemokratie; sondern auch weite Kreise des Zentrums und der Demokraten. Herr Havenstein setzt sich also bewußt in Widerspruch zu den Forderungen großer Teile des Volkes, wenn er wiederum die Parole ausgibt, nichts zu tun, als vielleicht für ein paar Millionen Goldmark in Goldschatzanweisungen eine Anlagemöglichkeit zu schaffen, ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Er beruft sich darauf, daß die Reichsbank schon einmal 230 Millionen Goldmark an Devisen zur Stützung der Mark auf den Markt geworfen habe. Er verschweigt gegenüber der Oeffentlichkeit, daß das geschehen ist zu einer Zeit, wo durch den Rathenau-Mord das Mißtrauen der ganzen Welt gegen die deutsche Währung neue Nahrung erhalten hatte. Er verschweigt weiter, daß damals der Devisenmarkt ohne jegliche Hemmung war, daß er der Tummelplatz für jeden Schieber und Spekulanten sein konnte, während das Währungsprogramm der Sozialdemokratie, das er jetzt zu unterminieren sucht, eine planmäßige Verengerung des Marktes, seine Beschränkung auf die wichtigsten Funktionen des Devisenverkehrs, die Ein- und Ausfuhr verlangt. Er verschweigt, daß diese Verengerung des Devisenmarktes bereits teilweise durch die Devisen-Notverordnung erreicht worden ist, daß die Goldschatzanweisungen nach den Wünschen unserer Genossen dieses Werk fortsetzen sollen.

Ihm kommt es nur darauf an, sein Gold zu hüten. Für wen? — Die Ententekommissare sitzen in Berlin, dieselben Leute, die unzählige Male nicht davor zurückschreckten, die Besetzung des Ruhrgebietes vorzubereiten, die gleichen Leute die jetzt geneigt sind, eine Basis der Verständigung zu suchen, weil sie einsehen, daß es so eben nicht mehr weiter geht. Herr Havenstein aber untergräbt die ersten Voraussetzungen einer Verständigung. Will er von ihnen einen Machtspruch herbeiführen?

So handelt der Reichsbankpräsident der Deutschen Republik. Er ist autonom durch die Kraft eines Gesetzes, das das Volk gegeben hat. Dafür spielt der verantwortliche Leiter des Zentralnoteninstituts mit dem Schicksal des Volkes. Er tut nichts, um der Vernichtung der deutschen Kauf- und Produktionskraft entgegenzuwirken. Nicht einmal einen Vorschlag, der sich vor der internationalen Finanzwelt sehen lassen könnte, hat er bisher gemacht. Er kann nur verneinen.

Darum muß das Volk dafür sorgen, daß ihm das Handwerk gelegt wird. Ein Mann, der seinen Aufgaben nicht gewachsen ist, weil das Kaiserbild in seinem Arbeitszimmer ihm näher steht als die Not des Volkes; weil für ihn nur Gründe der Prestige gelten, — ein solcher Mann hat keinen Platz an verantwortlicher Stelle der Republik. Fort mit ihm!

„Notleidende" Landwirte.

In der „Kreuz-Zeitung" beschwert sich ein Herr Neuhauß-Selchow, daß die Städter dem Landwirt für seine Produkte „nur" das Hundert- bis Zweihundertsechzigfache des Friedenspreises zahlen wollen. „Dagegen," sagt Herr Neuhauß, „bezahlt heute der Städter ohne Murren für das Bier das Dreihundertfache." Der Städter? In einem rechtsstehenden, der „Kreuz-Zeitung" sicher unverdächtigen Blatt konnten wir es neulich ganz anders lesen. In Nr. 410 vom 20. September entwarf der „Berliner Lokal-Anzeiger" folgende Schilderung des Münchener Oktoberfestes:

> Deshalb gehören auch die Bauern ... zum Oktoberfest, zum Landwirtschaftlichen Zentralfest, und wir können uns darauf verlassen, daß sie mit ihren Weibern in den „schutzenden" Röcken und bunten Brusttüchern, in Lederhosen die „Männer" und die sicher nicht abgezwickten Talerknöpfe auf den Röcken, die Vierundzwanziger auf den Westen mit dem Gabelstecken durch die Straßen der Münchener Stadt schreiten werden, Butter, Eier, G'selchtes und ihr nahrhaftes Bauernbrot dabei, **sich den Teufel darum scherend, die G'scherten, unser Herrenvolk, ob die Maß Bier auf der Wies'n fuffzig Markler kost'.** Mit zweimal zehn Mark Trambahn, hin und her, fünf Mark Trinkgeld kommt sie auf 75 und „die Hälft kriegt bloß eing'schenkt", **macht hundert Mark, für die erste Wies'nmaß heuer. „Ja, mir son g'stellt auf dern Welt!"**

Danach scheinen es nicht gerade die Städter zu sein, bei denen das Geld für Bierverbrauch keine Rolle spielt. Dabei ist zu bemerken, daß 100 Mark für eine Maß nicht etwa dem dreihundertfachen, sondern fast dem fünfhundertfachen Friedenspreis (22 Pfg.) entsprechen. Und wenn die Herren Landwirte sich brüsten können, „ja, mir son g'stellt auf dern Welt", so muß doch stark betont werden, daß diese bevorzugte Stellung sich auf Millionen und aber Millionen darbender und hungernder Konsumenten gründet. Und schließlich sollte man nicht vergessen, daß diese Bauern, die jetzt großspurig als „Herrenvolk" jeden Preis zahlen, die gleichen sind, die im Frieden wegen der „Zwoaring" — weil die Maß Bier um zwei Pfennige teurer wurde — mit Rebellion drohten. Sieht das alles nach notleidender Landwirtschaft aus?!

Volkswirtschaft.

Die Teuerung im Ausland.

Im Gegensatz zu der in Deutschland immer schneller fortschreitenden Verteuerung der Lebenshaltung ist im Auslande, abgesehen von Oesterreich und Polen, auch weiterhin eine gewisse Stetigkeit der Kleinhandelspreise und damit auch der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen. Teilweise hält die Abwärtsbewegung weiter an. In England ist dies im August nach den in der „Labour Gazette" veröffentlichten Berechnungen hauptsächlich auf die Preissenkung von Kartoffeln, die 36 v. H. betrug, zurückzuführen. Auch Fleisch, Mehl und Brot sind etwas billiger geworden, Eier und Fische dagegen haben im Preise wieder etwas angezogen. Auch bei den Bekleidungsgegenständen macht sich eine geringe Abschwächung bemerkbar. In Frankreich (Paris) ging die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im August um 2,7 v. H. zurück und erreichte damit den bisher günstigsten Stand. Gegenüber dem im November 1920 erreichten Höhestand haben sich die Lebenshaltungskosten in Paris um 32,2 v. H. verringert. In der Schweiz bietet der August in der Bewegung der Preise das gleiche Bild wie in den beiden Vormonaten. Bedeutendere Preisverschiebungen bei Butter, Schweinefleisch und Kartoffeln lassen vermuten, daß der Preisabbau sein Ende gefunden hat und die Preise wieder anziehen werden. In Italien, Schweden und Finnland sind die Lebenshaltungskosten im August wieder, wenn auch nicht erheblich, gestiegen.

In Oesterreich haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im September erneut verschlechtert. Der Wert der österreichischen Krone ist im Vergleich zum August um die Hälfte zurückgegangen. Demzufolge sind eine ganze Reihe von wichtigen Lebensmitteln auf mehr als das Doppelte der Augustpreise gestiegen. Nach den Preisfestsetzungen der Paritätischen Kommission stieg der Preis für 1 Kgr. Mehl von 5000 Kr. auf 8550 Kr., für 1 Kgr. Reis von 4750 auf 8450 Kr., für 1 Kgr. Rindfleisch von 11 500 auf 26 000 Kr. Der Preis für 1 Laib Brot von 1200 Gr. erhöhte sich von 3140 auf 6460 Kr. Ein Herrenanzug zum Friedenspreis von 45 Kr., der im August 450 000 Kr. kostete, stieg auf 990 000 Kr. im September. Für ein Paar Herrenschuhe (14 Kr. im Juli 1914) wurden im August 140 000, im September 270 000 Kronen gezahlt.

Aus den Berechnungen der Paritätischen Kommission ergibt sich für den September eine Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber dem Vormonat um 91 v. H. Die weitaus größte Steigerung haben die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung mit 135 v. H. erfahren.

In Polen (Warschau) hat sich der Fortschritt der Teuerung etwas verlangsamt. Im Durchschnitt des August ist der Ernährungsaufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie um 15 v. H. gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Gesamtausgaben für die Lebenshaltung stellten sich im August auf das 908fache der Friedenszeit.

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 2. November.

Als in den Erzeugergebieten gezahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Vollbahnstation sind am Donnerstag festgestellt worden: Weiße Kartoffeln 600 Mk., rote 500 Mk., gelbe Industrie 700 Mk. pro Zentner.

Devisen-Kurse.

Berlin, 3. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		2. November.	1. November.
Amsterdam	1 fl.	1825.17	1773.05
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	319.20	297.75
Kristiania	1 Kr.	892.76	826.92
Kopenhagen	1 Kr.	985.03	910.21
Stockholm	1 Kr.	1321.68	1211.96
Helsingfors	1 finn. Mk.	125.68	114.21
Rom	1 Lire	211.96	191.52
London	1 £	21945.—	20199.37
New York	1 Doll.	4925.15	4538.62
Paris	1 Frs.	344.13	321.69
Zürich	1 Frs.	902.73	820.94
Madrid	1 Peseias	753.11	691.26
Wien	100 Kr.	6.23	5.68
Prag	1 Kr.	157.60	143.54
Budapest	100 Kr.	207.—	181.—

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Erst als man das Rollen des Wagens nicht mehr hörte, kam sie zum Vorschein. Niels stand noch immer vor der Tür.

„So gräßlich fein, als ich dachte, ist die Tante gar nicht," meinte er. Tine erwiderte nichts, aber in ihren großen braunen Augen lag ein angstvoller Ausdruck.

„Nun sind wir allein," sagte Niels, „nun gehört uns der ganze Ramstedter Deich."

Drinnen in dem ärmlichen Stübchen machte Anndortjen ihrem Herzen Luft.

„So ein Geizknüppel," rief sie, „so'n rachgieriges Frauensmensch! Drei Groschen hat sie dir gegeben? Schmeiß sie in den Soot, Gert, oder vergrab sie; das Geld von der alten Hexe bringt Unglück. Wenn sie man bloß nicht unser Schaf behext hat! Warum hast du es nicht umgetüdert? Wenn es nun keine Milch mehr gibt, wo soll ich hin? Einbecks ihr Schaf steht trocken und Stine Ahlen verkauft keine Milch. Solche schön[illegible]tte Milch!"

„Na, Moder, sei man zufrieden," beschwichtig[illegible]dert sie. „Das kommt alles zurecht. Und das Geld? Das k[illegible] Hann Bäcker kriegen für einen Stuten. Es ist doch richtiges G[illegible]ld."

Das Geld war wirklich behext, wie Anndortjen später oftmals erzählte. Der Stuten, den sie dafür bekam, war alt, und in der Mitte war ein großes Loch. Hier war, wie man im Dorfe zu sagen pflegte, Hann Bäckers Seele hindurchgekrochen. Das wunderbarste an dem Stuten aber war, daß er plötzlich verschwunden und trotz aller Nachforschungen von seiten Anndortjens nicht wieder aufzufinden war. Er war wirklich behext.

Während Anndortjen ihrem Unmut über Mamsells Geiz Worte lieh, fuhr diese durch die Rahmstedter Straße.

Jan stieß Jak heimlich an. „Du, ich hatte gestern Angst, daß die Tante für uns zu fein wäre."

„Bangbüx!" sagte Jak geringschätzig.

Das Katzenkopfsteinpflaster stieß; sie hopsten auf ihrem Sitze. Die Tante war komisch anzusehen.

Der Wagen kam an den Kirchhof vorbei; man sah die blanken Kreuze mit Goldschrift und dazwischen die weißen Steine durch das Grün der Bäume schimmern.

„Dort liegen Vater und Mutter!" sagte Jan. Seine flehenden, blauen Augen suchten den Blick der Tante.

Diese blickte steif geradeaus. Eine tiefe Falte lag zwischen ihren Brauen. Sie knallte mit der Peitsche, daß die Vögel in den Bäumen aufflogen. Jan blickte sehnsüchtig zurück.

„Laß sie liegen!" rief die Tante, die sehen dich doch nicht. Wer tot ist, läßt sein Kieken!"

Jak lachte bei den Worten der Tante kurz und gezwungen auf. Jan aber hatte ein Gefühl, als ob ihn jemand an der linken Seite, tief unter den Rippen, mit einer Nadel gestochen hätte. Es war ein feiner, tiefer Schmerz, der ihm die Tränen in die Augen trieb.

Weiter rollte der Wagen. Jetzt bog er hinein in die weite Tiefebene der Marsch. Da war es Jan, als würden mit einem Schlage seine Augen geöffnet, als tät er einen Blick in die Ewigkeit.

Jak war aufgestanden und stand nun stolz und aufrecht auf dem Wagen.

Goldglänzend schien die Sonne herab auf die unendliche grüne Ebene.

3.

Der erste Tag auf Spätinghof gestaltete sich für die Knaben zu einer Entdeckungsreise durch Haus und Hof. Gleich nach ihrer Ankunft, während Mamsell brummend das Pferd abschirrte, liefen sie davon. Zuerst ging's in den Stall, wo sie ein paar alte, knochige Pferde, ein grunzendes mageres Schwein und eine brütende Henne vorfanden. Jak lief immer voran, und Jan folgte widerstrebend, sich öfters umsehend. Vom Stall ging es in die Lohdiele, von welcher kein Winkelchen undurchsucht blieb.

„Hier läßt sich im Winter fein Krieg und Räuber spielen," konstatierte Jak mit zufriedener Miene.

Nun krochen sie die schmale Stiege zum Heuboden hinauf; Jak immer voran. Sie setzten sich eine Weile ins duftende Heu, probierten auch einmal das Stroh in der Häcksellade zu schneiden, und liefen dann hinüber nach dem Torfboden, wo sie ein paar halbwilde Katzen aus ihrer Ruhe aufscheuchten.

Sie öffneten die Bodenluke und blickten von ihrer Höhe hinunter auf das Dorf und die mit Rindvieh und Schafen bevölkerten Fennen. Leuchtend grün, mit Tausenden gelber Blumen übersäet, hoben sich die Spätings von dem übrigen Lande ab. Weiter und weiter wanderten ihre Blicke, über die unendliche grüne Ebene hinweg, von einem Gehöft zum andern, bis zu dem Horizont, wo das grüne Land und der blaue Himmel zusammenstießen.

Am Rande des blaßblauen Himmels über der Erde schwebte etwas Braunes. Die scharfen Knabenaugen hatten es sofort entdeckt.

„Sieh," sagte Jan, „dort hängt ein Tuch am Himmel; das ist gewiß das Tränentüchlein, das die Engel zum Trocknen aufgehängt haben."

„Ein Hans Quast bist du," sagte Jak, „eine Wolke ist es. Sieh, es kommt ja von der Stelle."

Viereckig dunkel hob es sich von der Luft ab. Jetzt war es schon ein ganzes Ende weiter gerückt.

„Ich hab's, es ist ein Fahne," rief Jak, „man sieht die Stange."

Jetzt war es hinter einem Gehöft verschwunden. Jak schloß die Luke.

„Ich hatte mir alles ganz anders gedacht," gestand jetzt Jan.

„Ich auch," sagte Jak, „aber fein ist es hier darum doch. Ich mag hier gern sein, viel lieber, als wo es so fein ist, wie in dem Pastor seine beste Stube. Wenn Niels hier wäre, würde er sagen, es ist gräßlich fein."

„Ja, wenn Niels hier wäre," dachte Jan. . . .

„Das ist ein ganz feiner Hof; es liegt bloß ein bißchen viel Dreck herum," sagte Jan nachher zu seiner Tante.

„Den laß man liegen, mein Junge," sagte die Tante mit harter Stimme, „wo Dreck ist, da ist auch Geld, und die Spinngewebe läßt du mir auch hängen, die bringen Glück."

Jan dachte bei sich, daß die Tante dann doch sehr viel Glück und viel Geld haben müßte, und er grübelte darüber nach, warum sie immer ein so finsteres Gesicht mache. Man sah es ihr wirklich nicht an, daß sie so reich und glücklich war.

Das Mittagessen bestand aus Buttermilchsuppe und Klößen. Die Buttermilch war dünn und sauer und die Klöße steinhart.

„Mensch, Tante," sagte Jak, „was sind die Marschklöße hart! Ich glaube, wenn ich den an die Tür schmeiße, es gibt ein Loch."

„Untersteh dich!" drohte Trienlischen mit fürchterlichem Blick.

Jak sah sehnsüchtig nach der Tür. Er unterließ es aber, das Kunststück mit dem Kloß zu probieren — vorläufig, wie er dachte.

Nach dem Essen ging's hinaus in den Garten, während die Tante den Tisch abräumte und vor sich hinbrummte, daß sie doch gar keine Hilfe von den Jungens habe.

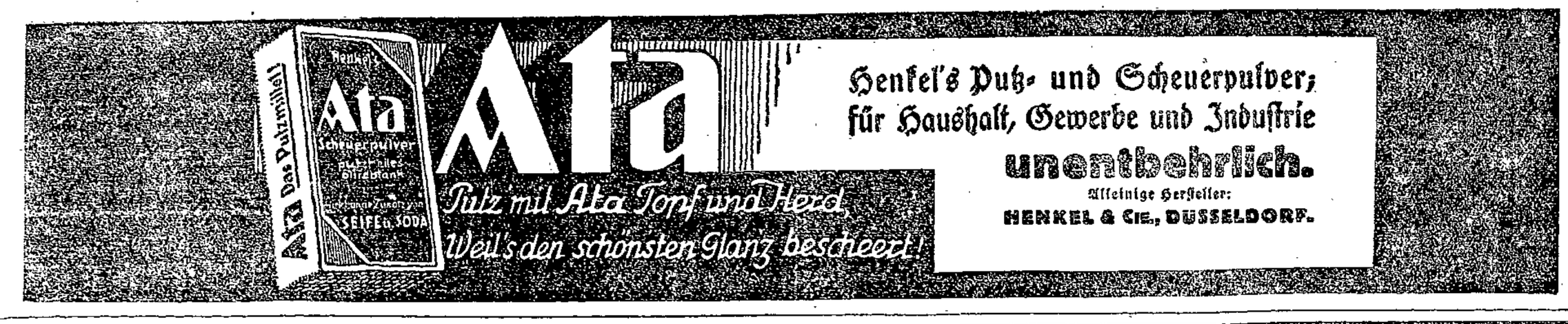
Im Garten war lauter Duft und Sonnenschein. Die Büsche hingen, trotzdem der August schon zur Neige ging, voller Beeren, und die Knaben sättigten sich hier ordentlich. Sie rissen sich auch einige süße Erbsenschoten ab und aßen gelbe Wurzeln dazu, die sie in der Graft abspülten. An den Bäumen winkten rotbäckige Augustäpfel.

„Die stecken wir ins Heu, dann schmecken sie nachher fein," sagte Jak.

Vom Garten ging's in die Fennen, wo Kühe, Kälber und Schafe grasten. Den ganzen Nachmittag liefen die Knaben hier herum; erst gegen Abend trieb sie der Hunger heim.

Es gab Buchweizengrütze mit Milch. Die Buchweizengrütze kochte Trienlischen einmal in der Woche frisch; an den übrigen Abenden schnitt sie die kalte Grütze in kochende Milch. Es war dieselbe magere Milch, welche die Kälber bekamen.

Fortsetzung folgt.



(8896

Amtlicher Teil.

Der Senat hat zum bürgerlichen Mitgliede bei der Oberschulbehörde den ausscheidenden Obermedizinalrat Physikus **Dr. Riedel** wiedergewählt. 8905

Höchstpreis für Vollmilch ab 4. 11. 1922
Mk. 96.— je Liter. 8937
Lübeck d. 3. 11. 1922. **D. Landesversorgungsamt.**

Der Rechtsanwalt Dr. Oskar **Haun** in Lübeck ist heute in die Liste der beim Landgerichte und Amtsgerichte Lübeck zugelassenen Rechtsanwälte eingetragen. 8907

Lübeck, 2. November 1922.

Der Präsident des Landgerichts.

Am 3. November 1922 vorm. 12 Uhr, wird der Kapitän R. **Thume** vom Segelschiff „Mauri" über seine Reise von Lübeck nach Wiborg im Gerichtshause, Zimmer Nr. 9, Verklarung ablegen.

Lübeck, den 2. November 1922. (8910

Das Amtsgericht, Abt. II.

Der Versteigerungstermin Heimweg Nr. 14 am 21. November 1922 ist aufgehoben. 8908

Amtsgericht Lübeck, Abt. IV.

Handelsregister.

Am 2. November 1922 ist eingetragen die Firma **Wolter & Co.** mit beschränkter Haftung Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Makler-, Kommissions-, An- und Verkaufsgeschäften aller Waren und die Beteiligung an solchen Geschäften. Stammkapital: 100 000 Mk. Geschäftsführer: Wolter, Wilhelm Friedrich Carl, Kaufmann in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Oktober 1922 errichtet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (8909

Lübeck. **Das Amtsgericht, Abt. II.**

Am Montag, dem 6. November ds. Js. bleibt der Schlachthof für Privatschlachtungen bis 10 Uhr morgens geschlossen.

Lübeck, den 2. November 1922.

8901) **Die Schlachthofverwaltung.**

Bekanntmachung.

Betr. Lagergeld.

In Abänderung der Bekanntmachung des Ausschusses der Handelskammer für die Hafengüterverwaltung vom 1. Dezember 1917 betreffend Festsetzung der kostenfreien Frist der gebührenfreien Lagerung wird bekanntgemacht, daß mit Wirkung vom Montag, dem 6. November 1922 ab für Güter, welche **nicht ausfuhrbereit** sind (Reparaturgüter), die tarifmäßige Lagergebühr **vom Tage der Einlieferung** an zur Berechnung gelangt (Für Reparaturgüter, welche bereits eingeliefert und gilt der 6. November 1922 als Einlieferungstag.) Desgl. wird für Güter, welche landseitig angeliefert und **nicht seewärts** wieder abgenommen werden, die tarifmäßige Lagergebühr erhoben, es sei denn, daß die Wiederabnahme solcher Güter infolge Verkehrsstockungen notwendig geworden ist. **In allen übrigen Fällen bleibt die 6tägige Frist der gebührenfreien Lagerung bestehen.**

Lübeck, den 1. November 1922. (8906

Der Ausschuß der Handelskammer für die Hafengüterverwaltung.

Nichtamtlicher Teil.

Nachdem ich zum Rechtsanwalt beim Landgericht Lübeck und Oberlandesgericht Hamburg zugelassen bin, zeige ich an, daß meine Geschäftsräume sich bis auf weiteres **Breite Straße 35, I,** befinden. T. 1582

Rechtsanwalt Dr. ***O. Haun.***

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Dienstag, d. 31. Okt. starb unser Kollege (8925

Karl Schlieckert.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 6. Nov., nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Die Kell. sammeln sich beim Friedhof.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Distrikt Remscheid.

Am Dienstag starb unser Kollege

Anton Kelbarg.

Ehre (8924 seinem Andenken!

Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Die Ortsverwaltung.

Zum 15. Nov. od. spät. möbl. Zimmer gef. bei ruhigen Leuten. Ang. u. A 519 an die Exp. (8922

Schneiderin f. Beschäft. in od. n. d. H. (8899 Friedenstr. 32 II.

Gesucht für die Küche eines größeren Werkes

2 junge Frauen oder Mädchen.

Zu melden Freitag von 6—7 Uhr abends (8919 Ziegelstraße 124 II.

Pelzbar. u. Boa z. k. ges. A. u. A 521 a. d. Exp. (8918

F. n. Kinderw., Fleischm. zwei Bilder m. Goldrahmen zu verk. (8921 Engelswisch 33/11.

Anzug 6000 Valet. 2500. Arbeitsjacken. (8912 Glockengießerstr. 60

Gutawan, Gr. 48 z. verk. 8936) Glockengießerstr. 6

Wer k. Kart. g. Kohle? Ang. u. A 520 a. d. Exp. (8905

Zur

Hans-Schlachterei

sauber bearbeitete

Därme

in jeder Weite empfiehlt bestens

Robert Dose

Roßschlachterei mit elektr. Betrieb (8898
Hundestraße 62.
Fernsprecher 2975.

Schlacht- u. Wurstfabrik

Otto Reining.

Lübeck-Stockelsdorf, Telephon 1521.

Empfehle pa. fettes

Hainer Schlachtfest,

beste Qualitätsware, vorzüglich geeignet zum Pökeln u. Räuchern für den Winterbedarf.

Außerdem sämtliche **Wurstwaren** in bester Qualität. Auch für Wiederverkäufer. (8934

Karl Hantz, Schlachtst. 16

Geiserfleisch. (8912

fett. Ochsenfleisch Pfund M. [illegible]
Bratenstücke „ 280 „
Brustkorb Kochfl. „ 3[illegible] „
fett. Hammelfl. „ 5 0 „
zarte Ochsenleber „ 280 „

Heute u. folgende Tage

Pa. jung. Fleisch

kochfeine Bratenstücke,

sowie

sämtliche Wurstwaren

in bekannter Güte.

Robert Dose,

Roßschlachterei mit elektr. Betrieb.
Hundestr. 62.
Fernsprecher 2975. (8898

Schwache Nerven

sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzklopfen, Unlust zur Arbeit, nervöse Schwächezustände aller Art, nerv. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit

Doppelherz

dem von Aerzten anerkannten Nervenkräftig.-Mittel behandelt werden. Allein echt m. d. Schutzmarke

Hergestellt: **J. Struve-Castelli,** [illegible]

Wo nicht erhältlich, schreibe man an die Fabrik: J. P. Hennes, Berlin-W., Apostel-Paulusstrasse 26. Man hüte sich vor Nachahmungen und nehme nur Doppelherz.

Gelb. Oberhemden Herrenwäsche Kragen (8888 in großer Auswahl Kapler-Wäsche (Kapitän), Fabrikler

Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Richtung: Markthalle Gr. 16 u. 34

Frisches feines Rindfleisch ℔ **200,** Bügen **150,** frisches Hack **200,** Gulasch **200,** Knochen **20,** frische Ochsenbacken **200,** junge Ochsenbacken (8887

Für Kanin- u. Hasenfelle, Pferdehaar und Krollhaar, sowie Metalle

zahlt den **höchsten Tagespreis**

J. Lissauer, Schloßstr. 5. 8028

Margarine

Pfund **500.**— 535.— 560.— M

Palmin 620 Mk.

Lübecker Margarine-Zentrale.

Holstenstr. 6, Markthalle, Wakendorfstr. 9, Königstraße 48. 8887

Schwartzen Hüxstraße 43. Wakendorfstr. 29 **Schlutup**

Nur 2. Stück, Gr. [illegible] 5 [illegible]

Pistolen Mitesser

[illegible] **Sorte Seife**

BONITA

der gute

Kautabak

in der so beliebten dänischen Geschmacksrichtung

FRANZ LÜTZAU, Tabakfabrik, FLENSBURG.

Zu haben in allen **Warenabgabestellen des Konsumvereins** und in den **Spezialgeschäften.** (8889

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Ein Posten Herrenkonfektion:

Starke Arbeits-, Pilot-, Bukskin-Manchester-Hosen, eleg. gestr. Hosen, Loden-, Manch.-Joppen, Gummimäntel, eleg. mod. Herrenschlüpfer und -Anzüge modern.

Ein Posten starke Schuhwaren:

Arbeitsstiefel, Schaftstiefel, Fahlledersiefel mit Doppelsohle, Sportstiefel, eleg. Herren-, Damen- und Kinderstiefel in allen Größen, starke braune u. schwarze Lederpantoffeln, 1 Posten warme Pantoffeln, Hausschuhe usw.

Hemdentuch, Nessel, Bettbezugstoffe, Streifsatin, Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Unterzeuge usw.

Ehlers & Neetzwitsch

Holstenstr. 1. St. Petri 2—4.

Mod. Damenmäntel, Strickjacken, Blusen, Röcke. 8917

Obstbäume

jetzt beste Pflanzzeit

in allen Sorten und Formen, auch sehr starke Ware. **Johannisbeeren u. Stachelbeeren** hochstämmige u. niedrige. Schattenmorellen, Pfirsich, Quitten. **Rosen,** hochstämmige, niedrige u. Schlingrosen, Koniferen, selbstklimm. Wein, Rotdorn, Mandelbäume, Flieder, Brombeer., Himbeeren. **Pflanzendekorationen** f. alle Gelegenh., sow. Grabbepflanz. Blüh.-Pflanz., Farne, Blattpfl., Edeltann., Erika. Sehr bill. Preise. Vorzugsoff. f. Wiederverkäufer. Die Gärtnerei liegt 3 Min. v. Bahnhof u. bitte um Besichtigung mein. gr. Bestände.

Richard Schunck, Gartenbaubetrieb.
Tel. 1040. (8915 **Kirchenstr. 6.**

---

20 000 Sternzwirn . . St. 10.—
Maschinengarn . . 200 m 90.—
Maschinengarn 1000 m 400.—

Wiederverkäufer erhalten außerdem noch **10 Prozent Rabatt.** 8931

Bürgers Spezialhaus für Kurzwaren,
Schwönekenquerstraße 16.

Delze

kaufen Sie jetzt noch vorteilhaft im

Pelzhaus

Friedr. Zimmermann,

Königstr. 24. Ecke Pfaffenstr.

Zobel, Skunks, patagonische Kanin-Kolliers von **1100** Mk. an.

Echte Kragen von **1800** Mk. an.

Auf leere Sachen kann angezahlt und können die Gegenstände auf Wunsch zurückgestellt werden. 8891

Ankauf (kein Zwischenhandel)

Hasen, Kanin, Marder, Iltis, Fuchs.

Hasen- Kanin- sowie sämtl. Sorten Felle

und **Tierhaare** (8892

kaufen zu höchsten Tagespreisen

Gebr. Wagner

Dankwartsgrube 26
Holstenstraße 8

Fell-Spezialhaus Fernruf 3414

Versammlungs- u. Vergnügungs-Anzeigen

Trocken-Ski-Kursus.

Den Unterricht leitet ein erstklassiger Ski-Lehrer aus dem Allgäu.

Wer Interesse für diesen Wintersport hat, melde sich sofort im (8900

Sporthaus Paul Gaßmann,

Lübeck, Breitestraße 83.

Belegschaft der Fa. Paul Esrasmi & Co.

Gr. Ball 8929

am Sonnabend, dem 4. Novbr., im Konzerthaus Lübeck.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 2

Zentral-Hallen Sonnabend u. Sonntag **Gr. Tanzkränzchen.** 8928

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer. (8939

Geschäftsstelle Lübeck.

Die Mitglieder-Versammlung, welche am Sonnabend, dem 4. ds. stattfinden soll, mußte auf Sonnabend, den 11 Novbr. verlegt werden.

Wir bitten die Mitglieder, hiervon gefl. Notiz nehmen zu wollen

Die Ortsverwaltung.

Chorverein Lübeck.

Männerchor

Sonnabend 8 Uhr (8930

Heitere **Nachmittags-Konzerte** im **Trocadero** der beliebten **Wiener Stimmungskapelle.** 9168

Anfang 5 Uhr.
Abds. 8½—1 Uhr.

Moislinger Baum.

Morgen Sonnabend:

Großer Ball,

unter Mitwirkung von Frl. **Hilde Möbius** und Herrn **Reinhold Wolf** veranstaltet von den Stammgästen des Klubtisches „Frei-Tuck". (8923

Im Spatzvogel

täglich (8914

Künstler-Konzert.

Kapellmeister **Alb. Kutschke.**

Dankwartsgrube 13

Hansa-Theater.

Heute Freitag 7½ Uhr: Der große Schlager

Grigri. 1168

Sonnabend 7½ Uhr:

Fledermaus

Im 2. Akt Gesangseinlage **Wilh. Wagner** vom Stadttheater Hamburg als Gast.

Tanzeinlage: **Martha Luise Stolze,** frühere Ballettmeisterin am hiesigen Stadttheater als Gast.

Sonntag 7½ Uhr:

Fledermaus.

Mittwoch, den 8. Novbr., abends **8 Uhr**

Ensemble-Gastspiel:

„Die ersten Menschen"

Stadttheater Lübeck

Freitag 7.30, Ab. A: **Zigeunerbaron.**

Sonnabend 7.30, 6. Ab. Vorst.: **Die Lokalbahn,** hierauf: **Die Medaille.** (8920

Sonntag, 11 Uhr: Oeffentl. Hauptprobe zum Sinfoniekonzert.

3 Uhr: Plattdeutsch. Gilde: **Peter Pinkus.**

7 Uhr: Mignon.

Einlaß 10, Anfang 10,15 Nachtvorstellung. **Tanzbühne Laban.**

Sonnabend, 8 Uhr: Vortrag von Kapellmeister Mannstaedt. Einführungen in die Werke des 2. Sinfoniekonzertes in der Aula des Johanneums. Eintritt 11 Mk. einschl. Steuer. Vorverkauf an der Theaterkasse.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Freitag, 3. November 1922. Nummer 258.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 3. November.

Wohnungsdebatte in der Bürgerschaft.

Mit verdeckten Karten suchte in der gestrigen Bürgerschaftssitzung die Rechte des Hauses Herzen-Aß auszustechen. Die Senatsvorlage betr. Bewilligung von weiteren Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues und Erhöhung der Abgaben zu dessen Förderung wurde dazu benutzt, um die eigenen Sünden zu verdecken und die Schuld der Wohnungsnot und Wohnungsverteuerung künstlich auf die Sozialdemokratie zu schieben. Ein alter Trick, der auch nicht zog, obwohl er mit den grellsten Farben betupft wurde. Denn diese Bemalung war nicht waschecht und zu allem hin zum Teil recht kindlich. Was soll man zu der Bemerkung des Deutschnationalen Reimpell sagen: Die Wohnungsnot sei so groß, weil zuviel gebaut worden sei! Doch lieber nichts. Sie steht auf derselben Höhe wie die Behauptung des Arbeitsgemeinschaftlers Schlosser, nach der parteipolitische Regelung das Grundübel der Wohnungsnot bilde. Der gute Geschmack verbietet uns, derartige Schnitzer als einfältig zu benennen. Da mußte nun gerade Herr Schlosser kommen, das „Opferlamm des Hausbesitzes", und derartige Witze reißen. Es hat immer eine eigenartige Bewandtnis, wenn sich Leute seines Schlages in die hohe Politik vertiefen. Denn die Arbeitsgemeinschaftler waren ja die Hauptmacher, die die Politik aus der Bürgerschaft entfernen wollten. Notabene, wenn diese Politik ihrer Politikasterei und ihrem Interessenkreis auf die Finger schaute. Und gut rechnen kann der Herr ebenfalls: heute braucht der Arbeiter nur 3 Tage für die Jahresmiete zu arbeiten, und früher, als die Innungsgarde noch die Pfennigfuchserei im großen trieb, 8 Wochen, den Tag zu 10 Stunden gerechnet. Langes Streiten hierüber ist zwecklos, auf die Logik kommt es an und die heißt: Mehr Miete, nicht im Interesse der Wohnungsnot, sondern in demjenigen des Hausbesitzes. Dieselbe Schalmei bliesen die Demokraten, blies auch Herr Dietrich und Herr Junge, nur brachten sie andere Töne heraus. Sogar recht häßliche. Herr Junge schrieb gleich die Einleitung des nächsten Waßlflugblattes der Arbeitsgemeinschaft: Arbeiter, merkt Euch: „Die Wohnungsverteuerung habt Ihr den Sozialdemokraten zu verdanken." — „Der Konsumverein baut ein Konkurrenzunternehmen von den Millionen, die er Euch zuviel für seine Waren abforderte." Fein, was? Sehr fein, je nach Geschmack! — Recht niedlich war auch der euphemistisch zugestutzte Eselswiesenartikel der bürgerlichen Presse durch Herrn Junge. Dieser besagt: wenn heute die faulen Arbeiter täglich 2 Stunden länger arbeiten, verbilligen sich sämtliche Produkte um 20 Proz. Also sammle sich das wohnungsuchende Heer und arbeite 2 Stunden länger. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaftler hat die aufgefundenen Perlen jenes Schlaumeiers nicht lang genug an der Schnur aufgezogen. Er hätte weiter folgern müssen: warum nur 2 Stunden? Machen wir 4 daraus, dann verbilligt sich alles um 40 Proz. Die Bäckergesellen schufteten früher ja auch 12 Stunden — und die Meister blieben gesund dabei. Wenn dann der Herrgott täglich die Sonne einige Stunden länger scheinen läßt, dann wächst das Korn auch besser und das Brot kostet ums Jahr vielleicht nur noch einen Pappenstiel . . . Der Zweck des Geredes der Achtstundentag-Gegner: Die gesamte Rechte will das Gefechtsfeld verschieben, sieht die Notwendigkeit, der Wohnungsnot zu steuern, wohl ein, möchte aber die Verantwortung der „Umlage" auf die Sozialdemokratie schieben. Vor allem aber beseelt die Rechte ungemeiner Haß gegen die Wohnungszwangswirtschaft, die es verhindert, daß das Geld nicht in die Tasche einer bestimmten Kategorie von Hausbesitzern fließt.

Unser Fraktionsredner Genosse Casbohm machte kein Hehl daraus, daß die Erhöhung des Grundsteuerzuschlages von 12½ auf 200 vom Tausend eine schwere Belastung der Bevölkerung bringe, aber sie muß im Interesse jedes einzelnen gebracht werden. Wer vom Staate Erfüllung seiner Pflichten fordert, darf ihm auch die Mittel nicht verweigern. Ebenso sinngemäß wurde von den Senatoren Henze und Dr. Kalkbrenner die Bedeutung der Vorlage skizziert, die nebenbei einen Hauptteil des Wirtschaftslebens durch Arbeitsbeschaffung im Fluß hält. Die Vorlage ging trotz der Eilbedürftigkeit an einen Ausschuß.

Die Geldentwertung zwingt den Staat nicht nur zu größeren Ausgaben, er muß aus Selbsterhaltungstrieb auch die Einnahmeposten mit dickeren Zahlen buchen. Sobald es aber ans Zahlen geht, verfließt die Liebe zum Staat. Wir verstehen diesen Standpunkt bei den Kommunisten, die gestern ihr altes Prinzip hochhielten und alle Einnahmequellen rundweg verweigerten. Dafür verlangen sie konsequenterweise um so größere Kraftanstrengungen des Staates. Aber daß sich Demokraten und Deutschnationale auch gegen die Schulgelderhöhung wehrten, gibt doch bedenkliche Zeichen. Fräulein Koltze bezweifelte gar die Rechtsgültigkeit der Erhöhung. Vielleicht lehnt sie auch aus demselben Grunde die nächste Gehaltserhöhung ab. Oder hört deutschnationale Loyalität beim Nehmen auf?

Recht kurz angebunden war Herr Senator Dr. Stoofs, als Genosse Passarge die eigenartige Behandlung der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft durch die Baubehörde kritisierte. Wohl mit Unrecht? Denn Herr Senator Dr. Stoofs wollte die Gem. Arbeitsgenossenschaft nur vor Verlusten schützen. Wie fürsorglich, Herr Senator!

Beim Gerichtskostengesetz, das Genosse Brehmer kurz und bündig als unzulänglich bezeichnete — er wurde von Rechtsanwalt Evers hierin unterstützt — kam es noch zu einigen heiteren Momenten, als Heilborn mit lächelnder Miene dann sein kommunistisches Ideal erläuterte. Der kommunistische Dreh kommt ihm wohl selbst zu weitspürig vor. Gute Laune schadet ja nichts. Aber um 10 Uhr waren von 23 Anträgen erst deren 10 erledigt.

Um die Existenz des Orchesters.

Die Vorstände der Orchester zu Hamburg, Bremen, Kiel, Flensburg, Rostock, Schwerin, Stettin und Lübeck hatten die Vertreter der hiesigen Zeitungen zu einer gemeinsamen Besprechung der Notlage der Orchestermusiker eingeladen und der Versammlung durch Herrn Becker-Lübeck eine Reihe beachtenswerter Vorschläge unterbreitet, die eine bessere Ausnutzung der Orchester erzielen sollen: Konzerte in der näheren und weiteren Umgebung Lübecks (vor allem für die ländliche Bevölkerung) — Jugendkonzerte — Morgenfeiern im Stadttheater (unter Bevorzugung der Kammermusik) — Musikaufführungen (auch Singspiele und kleine Opern) im Gewerkschaftshaus — Sonnabendnachmittagskonzerte u. a. Ob allen Vorschlägen der erwünschte wirtschaftliche Erfolg beschieden sein würde, darf jedenfalls hinsichtlich von Konzertveranstaltungen außerhalb Lübecks bezweifelt werden; die Unkosten sind zurzeit zu große; andererseits wird man bei derartigen kulturfördernden Unternehmungen auf eine Ermäßigung der Fahrpreise rechnen und auch mit einem geringer besetzten Orchester (24—30 Musiker) auskommen können. Alle Vorschläge zeigen aber, daß das Orchester, das um seine Existenz kämpft, von sozialer Gesinnung durchdrungen ist und sich ohne Ueberheblichkeit — seines Wertes als eines wichtigen Bildungsfaktors bewußt ist. Man war sich auch darüber einig, daß das Lübecker Orchester in der bestehenden Stärke erhalten werden muß; schon eine Verkleinerung hätte den Fortfall der großen Oper, der Sinfoniekonzerte zur Folge und aus volkstümlichen Konzerten müßte bei „kleiner Besetzung" das meiste der wertvollen Musikliteratur als unaufführbar verschwinden. Und gar eine Stadt wie Lübeck ohne ein leistungsfähiges Orchester? Unser künstlerisches Leben würde unsagbar veröden. — Die Orchestermitglieder hier erstreben einen festen Beamten-Anstellungsvertrag; die bezügliche Eingabe an die zuständigen Instanzen ist in Vorbereitung. So wollen die Musiker mit der dringenden Bitte um eine endlich gesicherte wirtschaftliche Grundlage ihrer Existenz in den erwähnten Vorschlägen die Gegengabe bringen; sie wollen auch auf die Einnahmen aus den Gewerkschaftshauskonzerten und aus den Bühnenleistungen zugunsten des Staates verzichten und sie wollen, wie ihr überreiches Programm aufweist, ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Diese Bestrebungen werden volles Verständnis und volle Förderung bei allen denen finden, denen es mit der Pflege der kulturellen Aufgaben des Staates Ernst ist; die Musikpflege ist heute ein Allgemeingut von höchster Bedeutung, das nicht verloren oder gemindert werden darf. So werden die Maßgeblichen auf Mittel und Wege sinnen müssen, auch hier helfend einzugreifen und einen leistungsfähigen Musikerstand zu erhalten und zu fördern; in der besprochenen Versammlung wurde die Frage größerer Sparsamkeit im Stadttheaterbetriebe wieder angeschnitten, auch der unterbliebene Ankauf des Hansatheaters wurde bedauert (gerade die Personalersparung hat doch wohl auch in Hamburg zu dem Plane des Anschlusses der Volksoper an das Stadttheater gedrängt). — In der Not der Zeit hat man auf anderer Seite den Gedanken erwogen, die Bühnen verschiedener Großstädte zusammenzulegen; damit würden eines oder mehrere Orchester existenzlos; abgesehen von anderen Schwierigkeiten (Reise, Unterkunft usw.) entstünden wirtschaftliche und künstlerische Mißstände, die einen solchen Zustand bald zur Unmöglichkeit machen müßten. — Möge das Vorgehen der Musiker, deren Vorschläge manch Wertvolles und Beachtenswertes enthalten, überall Resonnanz finden, damit über ihrem ferneren Geschick ein glücklicher Stern leuchte, ihnen und der Kulturpflege unserer Stadt zum Heil. H.

Es ist erreicht!

An hundert Mark für das Liter Milch fehlen in der laufenden Woche nur noch 4 Mark. Die Interessenten kassieren 96 Mark ein. Die Agrarier verstehen den Dollarkurs zu würdigen. Zwanzig Mark Aufschlag in einer Woche nehmen die notleidenden Landwirte mit dem dümmsten Gesicht in Empfang. Sie zeigen den Städtern, was eine Harke ist. Ob dabei wöchentlich Hunderte von Kindern und Kranken sterben, was schiert es sie. Je teurer und dünner die Milch, desto steifer können sie ihren Grog brauen. So eine Heuchlerbande!

Aus der Gehaltsbewegung der Versicherungsangestellten. Der am 7. Okt. 1922 gefällte Schiedsspruch ist für allgemein verbindlich erklärt worden. Somit haben auch die Angestellten in den Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturen Anspruch auf die durch Schiedsspruch festgelegten Septemberbezüge.

Der Streik bei Busse und Litt ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet. Deutscher Metallarbeiterverband.

Eine Kreisdelegiertenkonferenz der Trommler- und Pfeiferkorps des 3. Kreises fand kürzlich in Lübeck im Turnerheim, Hundestraße, statt. Delegierte waren anwesend von Hamburg-Altona, Hagenow, Wismar, Lübeck, Rostock, Kiel, vom 5. Bezirk, Lägerdorf und von Waren (Mecklb.). Gen. Feiste-Hamburg leitete die Konferenz, in der die Gründung einer Kreisvereinigung allgemein befürwortet wurde. Es wurde u. a. betont, daß die Groß-Hamburger Vereinigung augenblicklich 45 Korps mit insgesamt 800 Mitgliedern aufweist. Gen. Niemann bemängelte den Idealismus der Lehrlinge, die sich gerade in Wismar erst ausbilden lassen und dann verschwinden. Gen. Prüßmann (Lübeck) betonte, daß sie in Lübeck gar nicht so viel Instrumente beschaffen können, wie Begeisterung vorhanden sei. Gewerkschaften und Partei haben das Korps durch Geld unterstützt. Gen. Schröder unterstreicht das von Prüßmann Gesagte, das auch für Hamburg zutreffe. Eine Kreisvereinigung soll auf dem schnellsten Wege gegründet werden. Weiter kam zur Sprache, daß es notwendig sei, ein einheitliches System des Notenlernens zu schaffen. Die Festsetzung der Märsche soll bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt werden. Die Konferenz sprach sich hierauf einstimmig für die Gründung einer Kreisvereinigung aus. Die Vereinigung führt den Namen „Vereinigung der Trommler- und Pfeiferkorps des 3. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes". Ein Antrag Lübeck, den geschäftlichen Vorstand in Hamburg zu stationieren, wurde angenommen und Gen. Schröder (Hamburg) zum Vorsitzenden, Gen. Sonnberg (Altona) zum Schriftführer und Gen. Jacobsen zum Kassierer gewählt. Sämtliche Bezirke haben außerdem ihre Beisitzer zu entsenden, die sie in ihrer Bezirksversammlung selbst zu wählen und den Vorstand namentlich mitzuteilen haben. Als Beitrag soll den Mitgliedern der Bezirksvereinigungen der Vorschlag gemacht werden, 1 Mk. pro Mitglied und Monat bei einmaliger Zahlung festzusetzen. Nach einer weiteren Aussprache über die Vereinigung interessierende Angelegenheiten ermahnte im Schlußwort Genosse Feiste die Delegierten, fleißig das Turnen zu pflegen und schloß mit einem kräftigen „Frei Heil" auf die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung die Konferenz. H. S.

Prämien für die Freimachung von Wohnungen. Zur Linderung des immer schlimmer werdenden Wohnungsmangels haben manche deutsche Städte schon seit einiger Zeit Maßnahmen ergriffen, um die Freimachung von Wohnungen möglichst zu fördern. Wer sich entschließt, um eine Wohnung freizumachen, seinen Haushalt aufzugeben oder nach auswärts zu verziehen, ohne eine Tauschwohnung in Anspruch zu nehmen, erhält vom Wohnungsamt eine Prämie, auch können ihm die Umzugskosten ganz oder teilweise erstattet werden. Voraussetzung dabei ist, daß eine Ueberbevölkerung namentlich in kleineren Wohnungen vermieden wird. Dies Verfahren wird jetzt auch in Lübeck eingeführt und zwar sind vom Wohnungsamt vorläufig als Prämien in Aussicht genommen bei Zwei-Zimmerwohnungen je nach der Beschaffenheit bis zu 10 000 Mk., bei Drei-Zimmerwohnungen bis zu 15 000 Mark, bei größeren Wohnungen bis zu 20 000 Mk. Diese Prämien und die Umzugskosten können nur gewährt werden, wenn der Umzug erfolgt, um die Wohnung freizumachen, nicht, wenn er ohnehin erfolgt wäre, z. B. weil der Wohnungsinhaber nach auswärts versetzt ist usw. Die Gewährung kann nur erfolgen, wenn der Antrag vor dem Umzug gestellt und bewilligt ist. Ehe nicht eine schriftliche Zusage vom Wohnungsamt erfolgt ist, besteht ein Rechtsanspruch auf die Vergünstigung nicht, vielmehr macht das Wohnungsamt sie in jedem einzelnen Fall von dem Ergebnis seiner Ermittelungen abhängig. Es ist zu hoffen, daß durch die neue Maßregel insbesondere minderbemittelten Wohnungsinhabern, wie Kleinrentner usw., welche sonst die Kosten eines Umzuges nicht bestreiten könnten, die Möglichkeit gewährt wird, eine ihnen zu teuer gewordene Wohnung aufzugeben, um z. B. mit anderen Schicksalsgenossen zusammenzuziehen. Anträge auf Gewährung von Prämien und Umzugsbeihilfen sind beim Wohnungsamt, Untertrave 104, zu stellen.

Die Ausländer in Lübeck. Die von einigen hiesigen Blättern gebrachte Nachricht über allgemeine Ausweisungen der Staatsangehörigen nordischer Länder aus Lübeck entsprechen, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Bei der Zulassung von Ausländern wird in Lübeck wie allgemein in Deutschland nach den reichsgesetzlichen Vorschriften verfahren und es muß dem Wohnungsmangel und der einsetzenden Arbeitslosigkeit dabei Rechnung getragen werden. Es ist jedoch veranlaßt worden, daß alle Aufenthaltszulassungen für Angehörige der nordischen Staaten vorläufig bis zum 31. Dezember 1922 verlängert worden sind und auch für die Folge werden die Angehörigen der nordischen Länder, mit denen sich die Deutschen durch enge freundschaftliche Beziehungen verbunden fühlen, bei ihrer Zulassung in Lübeck mit besonders wohlwollendem Entgegenkommen behandelt werden.

pb. **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde am Moltkeplatz verübt. Gestohlen wurden u. a. zwei Perserteppiche und Silberwaren. — In der Glandorpstraße wurden aus einer Lederhandlung ein großer Posten braunes, grünes und weißgraues Sohlenleder, zehn Paar Damenstiefel, zwei 5-Frankscheine und 4000 Mk. in bar gestohlen. — Aus einem Hause in der Königstraße wurden acht Flaschen Rum, mehrere Häfen mit Pflaumenmus und Gurken, sowie mehrere Flaschen Fruchtsaft entwendet.

pb. **Festgenommen** wurde ein in der Kemnelsdorfer Allee wohnhafter 22jähriger Arbeiter, der den Kaninchenstall eines Nachbarn erbrochen und vier Kaninchen gestohlen und diese an einen hiesigen Wildhändler verkauft hatte. Der Erlös war noch restlos vorhanden und konnte dem Bestohlenen übermittelt werden.

pb. **Folgen einer Bierreise.** Am 30. v. Mts. hatte ein Kapitän eines im Hafen liegenden Dampfers hier eine sogenannte Bierreise gemacht, bei der die Gesellschaft junger Halbweltdamen nicht fehlte. Im Laufe des Abends wurde der Kapitän, der reichlich Alkohol zu sich genommen hatte, schläfrig und suchte in einer in der Beckergrube befindlichen Wirtschaft Erholung. Als er am Tische schlief, machten sich seine Freundinnen über die Brieftasche her, zahlten eine größere Sektzeche und steckten noch erhebliche Beträge und Wertpapiere in die Taschen. Die Mädchen sowie ein Kellner wurden festgenommen. Ein Teil des Diebesgutes konnte dem Beschädigten zurückgegeben werden.

pb. **Ein vierblättriges Kleeblatt.** In der Nacht zum 1. ds. Mts. wurde die Ladenscheibe eines in der Krähenstraße wohnhaften Trödlers zertrümmert und aus der Auslage mehrere Paar Schuhe gestohlen. Der Ladeninhaber konnte einen dort wohnhaften Arbeiter festhalten. Während der Trödler den Mann festhielt, kamen drei andere junge Männer scheinbar aus Neugierde hinzu, um zu sehen, was dort los sei. Von diesen konnte der Trödler noch einen unter Androhung einer Waffe festhalten und an die Kanzleiwache bringen. Es handelt sich um vier Freunde, die nachts in der Stadt umhergebummelt hatten, um Gelegenheit zu Diebstählen zu suchen.

pb. **Eine Geburtstagsfeier mit Todeserfolg.** Nach einer vergnügten Geburtstagsfeier hatten vier Matrosen in der Nacht zum 1. ds. Mts. ein Boot bestiegen, um an ihren im hiesigen Hafen liegenden Dampfer zu fahren. Während der Fahrt erklärte der Matrose Enders, dessen Geburtstag gefeiert worden war, ein Geburtstagskind müsse geschaukelt werden. Dabei setzte er das Boot in derartig starke schwankende Bewegung, daß es kenterte und alle vier Insassen ins Wasser stürzten. Drei konnten sich ans Land retten, aber Enders, der des Schwimmens am wenigsten kundig war, und von seinen Freunden nicht gerettet werden konnte, ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

pb. **Beraubte Ladenkasse.** Am Dienstag betrat ein 17jähriger Bursche eine in der Marlistraße befindliche Krämerei und forderte zwei Heringe. Während die Ladeninhaberin in den Keller ging, um das Gewünschte herbeizuholen, stahl der Bursche aus der Ladenkasse ca. 25 000 Mk.

*

Sierksrade. Orgeschwaffen. Auf behördliche Anordnung fand Donnerstag durch preußische und lübeckische Kriminalbeamte in Sierksrade und Gr.-Weeden eine Durchsuchung nach verborgenen Waffen statt. Es wurden bei dem Gutsbesitzer Kroak in Groß-Weeden 8 Gewehre ohne Munition gefunden. Das Ermittelungsverfahren ist eingeleitet.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Asba. Sonntag Besichtigung der Strafanstalt Lauerhof. Treffpunkt 9½ Uhr morgens vor dem Haupteingang. (8927

Stadttheater. Sonnabend die beiden Komödien von Thoma: „Die Lokalbahn" und „Die Medaille". Sonntagabend wird „Mignon" gegeben. Nach dieser Vorstellung: (Einlaß 10 Uhr, Anfang 10¼ Uhr) Nachtvorstellung der Tanzbühne Laban. Aufgeführt werden die beiden Werke: „Die Geblendeten" und „Himmel und Erde".

Führungen im Museum am Dom. Um den Museumsbesuchern die Sammlungsgegenstände besser vorzuführen und verständlicher zu machen, werden während der Wintermonate wieder regelmäßig jeden Sonntag 11½ Uhr unentgeltliche Führungen durch die Sammlungen stattfinden. Der Plan der Führungen wird im Museum ausgehängt.

Im Cafe Opera gastiert gegenwärtig der berühmte Tierstimmenimitator Hermann Klauenberg. Der Künstler hat seinen Vortrag dem Andenken des Heidedichters Hermann Löns gewidmet und feiert dessen Werke in naturgetreuer Wiedergabe der Stimmen der Tierwelt in der Heide, der Löns besonders nahegestanden hat.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Der Landtag wählte an Stelle des zurückgetretenen Präsidenten Köhler (Soz.) den Stadtrat, früheren Rostocker Volksschullehrer P. Schröder (Soz.). Zum 1. bzw. 2. Stellvertreter wurden die Abg. Burchardt (Dn.) und Heinsius-Grabow (D. Vp.) gewählt.

Bei Neigung zu Fettansatz 8918

sollten Sie eine Zehrkur vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Toluba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche, fettzehrende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1—2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 2. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht Dreger als Wortführer des Bürgerausschusses, dessen Mitglieder, pünktlicher und vollzähliger zu den Sitzungen zu erscheinen. — Der Senat gibt bekannt, daß er das Ersuchen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Teuerungsdebatte an den lübschen Vertreter in Berlin weitergeleitet hat.

Verstärkung der Ausgabensätze im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922. — Ambrosius (Dem.) läßt sich über das Bewilligungsrecht der Bürgerschaft aus. Vom verfassungsrechtlichen Standpunkt sei die Uebertragung der Verfassungsrechte an die Finanzbehörde nicht zu billigen. Der Haushaltsausschuß müsse zum mindesten mitwirken. Der Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Senator Dr. Kalkbrenner ist der Meinung, daß außerordentliche Zeiten außerordentliche Maßnahmen verlangen. Die Entwertung der Mark erfordere rasche Entscheidung, die am besten von einer Behörde erfolgen könne. Auch in der Kreditfrage müsse die Finanzbehörde selbständig handeln können. — Evers (DV.) glaubt, der Finanzbehörde würden hier über das notwendige Maß hinaus Rechte eingeräumt. Redner stellt einen formellen Abänderungsantrag, der wie derjenige von Ambrosius abgelehnt wird. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Bewilligung von weiteren Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues und Erhöhung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. — Casbohm (Soz.): Der Antrag bedeutet eine außerordentliche Belastung der Bevölkerung. Sie ist aber notwendig, wenn wir die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen beibehalten werden. Bei einer Aufgabe der Zwangsbewirtschaftung würden aber die Wohnungen noch viel teurer. Notwendig ist ein Vorgehen gegen den Baustoffwucher. Die Gelder für Wohnungsbau müssen schnell angelegt werden, damit ein Stilliegen der Bauten vermieden wird. Von einer Ueberweisung des Antrages an eine Kommission haben wir im Interesse des Wohnungsbaues abgesehen. Dagegen muß sich der Ausschuß mit dem ersten Absatz befassen. Der Ausschuß kann dann gleichzeitig das Gesetz einer Revision unterziehen. Die Industrie müßte zu einer erhöhten Abgabe herangezogen werden. Sie hat viele Arbeiter nach Lübeck berufen und die Wohnungsnotfrage wird überlastet. Wohnungen mit über 100 Quadratmeter Raum sollten eine erhöhte Wohnungsabgabe bezahlen. Schließlich wären auch die Landbezirke zu den Abgaben heranzuziehen. Das Landgebiet kann die Lasten ebenso gut tragen wie die Stadt sie tragen muß. — Ambrosius (Dem.) stimmt diesem Gesetz nicht zu. Bisher habe sich die Wohnsteuer in normalem Rahmen gehalten; heute habe die Finanzbehörde blindlings einen Prozentzuschlag festgesetzt. Er soll etwa 110 Millionen Mark bringen. Bei der großen Geldentwertung könne die Bevölkerung diese Lasten nicht tragen. Die Hausbesitzer seien gezwungen, bald erhöhte Mieten durchzusetzen. Die Durchführung der vorgesehenen Erleichterungen erfordere wieder viele Beamte. Uebrigens könne man mit den 110 Millionen sehr wenig bauen. Richtig sei, daß die Industrie mehr für diesen Zweck heranzuziehen werden müsse. Der Zuzug der Stadt sei zu groß; dadurch nehme man anderen Gemeinden die Lasten ab. Redner beantragt Ausschußberatung. Reimpell (DN.) hegt Bedenken gegen die Art der Steuer, die das Verhältnis von Mietern und Vermietern noch gespannter mache. Die Abgabe sei auch viel zu hoch. Die Belastung mache das Zehnfache der Friedensmiete aus, obwohl das Ziel der Vorlage in seiner Auswirkung fraglich sei. Die Wohnungsnot sei hier so groß, weil wir hier über das übliche Maß gebaut hätten. Seine Fraktion lehne diesen Antrag ab. 39 Millionen wolle sie bewilligen. — Junge (Arbn.) glaubt, die Sozialdemokratie mache ihren Wählern mit der Zustimmung des Antrages keine Freude. Der größte Teil der Summe werde gebraucht, um die im Bau befindlichen Wohnungen fertigzustellen. Die Wohnungsnot werde dadurch nicht behoben. Man müsse auch die Wohnungsuchenden dazu heranziehen, heiratsfähigen also die jungen Heiratslustigen. Wenn die über 3000 Wohnungsuchenden täglich zwei Stunden für den Wohnungsbau arbeiteten, könnte vieles geschaffen werden. Um den Wohnungsmangel zu beheben, wären 2 Milliarden notwendig. Redner fragt, ob es notwendig sei, den Brotfabriken des Konsumvereins mit Vorzugsbaumaterialien zu beliefern. Bisher sei Lübeck mit Brot gut versorgt gewesen. Man könne daraus schließen, daß der Konsumverein viele Millionen verdient habe, die er jetzt in Eisen und Stein anlege. — Senator Dr. Vermehren hält noch den Einwendungen eine Ausschußberatung für notwendig. Doch müsse das Gesetz jetzt verabschiedet werden. Die Art der Erhebung der Steuer sei gründlich geprüft. Sie sei besser als eine Abgabe nach dem Luxuswert, deren Erhebung große Beamtenheere verursachen werde. Von den Wohnungsuchenden eine Abgabe zu erheben, sei Sache des Wohnungsamtes. — Schloßer (Arbn.) ist erstaunt über die Vorlage. Die Kosten zur Erhaltung der alten Grundstücke hätten sich ebenso verteuert wie die Neubauten. Die Abgabe könne allerdings sehr wohl von der Bevölkerung getragen werden. Wolle man die Wohnungsnot beheben, müsse noch weit mehr bezahlt werden. Solange die heutige Mißwirtschaft im Wohnungswesen nicht beseitigt werde, würden sich die Verhältnisse nicht bessern. Mit der Förderung des Neubaues müsse die Erhaltung der alten Gebäude Hand in Hand gehen. Dazu bedürfe es einer bedeutend erhöhten Mietseinnahme. Die Tendenz des Reichsmietengesetzes laufe nur auf die Erhaltung des Wohnraumes hinaus. Der Senat aber habe dieses Recht der Hausbesitzer mit Füßen getreten. Die staatlicherseits geschaffenen Wohnungen (2 Zimmer) kosteten eine Million und brächten nur 3000 Mark Miete ein. Dazu seien nur 3 Arbeitstage notwendig, während der Arbeiter früher bei 10 Stunden Arbeitszeit 8 Wochen für die Miete arbeiten mußte. Das Grundübel der Wohnungsnot liege in seiner parteipolitischen Regelung. Man habe dem Volke große Versprechungen gemacht, die man nicht halten konnte. Nun habe man den Hausbesitz als Opferlamm auserseben. Reichs- wie Landesregierungen trügen die Schuld, sie hätten die private Bautätigkeit untergraben. Nach Beendigung des Krieges hätte man großzügig bauen müssen. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab. — Baudirektor Salzer gibt Aufschluß über die Bekämpfung der Wohnungsnot. 1920 war der Bevölkerungszuwachs 1763, 1921: 1351, 1922: 1181. Hauptgrund des Wohnungsbedarfs bildeten die Heiraten. Die einschränkenden Zuzugsbestimmungen müßten von Reichs wegen aufgehoben werden. Der Fehlbetrag an Wohnungen sei in ansteigender Kurve. Er betrage heute 1824. Die letzten Mittel für die Zahlungen des Wohnungsbaues sind verbraucht, und dann haben die Preissteigerungen so zugenommen, daß die vorgesehenen Mittel nicht mehr reichen. Warten wir länger, steigen die Mittel noch mehr an und das in die begonnenen Bauten hineingesteckte Kapital bleibt brach liegen. — Senator Henze betont die Notwendigkeit des Wohnungsbaues. Der vorgesehene Zuschlag sei nicht zu hoch. Eine Stillegung der Bauten sei nicht zu verantworten, da auch die Arbeiter brotlos und der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen würden. Der Satz sei zu ertragen und unbedingt notwendig. Mit der Erhaltung der alten Wohnungen sei es allein nicht getan, es müßten auch neue errichtet werden. Wenn die Abgabe nicht ausreicht, bleibt absolut nichts anderes übrig, als sie zu erhöhen. Der Zuzug bestätige doch auch eine bessere Arbeitsgelegenheit. 1919 konnte man vielfach nicht bauen, weil das Material gefehlt habe. Wäre die Zwangswirtschaft aufgehoben worden, dann hätten wir heute weit höhere Mieten und die betonte Not der Rentner wäre noch größer. — Wandke (Dem.) bedauert, daß der Senat früher die Erhaltung alter Wohnungen verschleppt habe. Die heutige Forderung, 200 pro Mille, sei überraschend gekommen und zu hoch. Eine Stillegung der begonnenen Bauten wäre nicht zu verantworten. Redner stellt den Antrag, die ursprünglich vorgesehenen 62½ pro Mille zu erheben und das weitere im Ausschuß zu beraten. Leuten mit großem Einkommen oder Vermögen sollte der Mieterschutz entzogen werden. Die Prämienvergütung an Zusammenziehende hätte schon früher aufgewandt werden müssen. Lübecks Wohnungsnot habe sich hauptsächlich auch durch die Flüchtlinge vergrößert. Leider sei Lübeck gezwungen, diesen vorzugsweise Wohnungen zu verschaffen. Wohl habe die Industrie Wohnungen geschaffen, aber sie müsse weiter herangezogen werden. — Senator Henze wendet sich gegen den Antrag Wandke, nur 62½ pro Mille zu erheben. — Senator Dr. Vermehren verweist auf Hamburg, das bedeutend höhere Abgaben erhebe und erklärt, der Senat sei den Wünschen der Hausbesitzer möglichst gerecht geworden. — Nickel (Komm.) wendet sich gegen den Zuschlag. Die Mieter könnten ihn nicht tragen. Dem ersten Teile des Antrages, die Mittel zum Weiterbauen zu bewilligen, stimme er zu. Große Wohnungen müßten für Wohnungsuchende geteilt werden. Die Hausbesitzer wollten sich keine Beschränkungen auferlegen, aber der Arbeiter solle es tun. — Senator Dr. Kalkbrenner verweist auf die ernste Finanzlage. Der Staat sei nicht in der Lage, die Bauten weiterzuführen, wenn ihm nicht die Mittel dafür gewährt würden. Eine geregelte Bautätigkeit habe auch hohen wirtschaftlichen Wert. — Evers (DN.) bedauert die niedrigen Mieten. Solange sie bestehen, sei die Wohnungsnot nicht zu beheben. Angefangene Bauten müßten selbstverständlich durchgeführt werden. — Casbohm (Soz.) geht auf die einzelnen Einwendungen ein. Die beantragten 62½ pro Mille würden nicht ausreichen. Würde man diesem Antrag zustimmen, dann wäre der durch frühere Versäumnisse angerichtete Schaden noch größer. Die Mittel müßten bewilligt werden, trotz der neuen Belastung. Die Rechte bezwecke nichts anderes als die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Wolle man diese aber beibehalten, dann müßten die Mittel für den Wohnungsbau bewilligt werden. Im anderen Falle müßten die Arbeiter noch viel mehr bezahlen. Es werde höchste Zeit, daß das Wohnungselend beseitigt werde. Das Landgebiet müsse herangezogen werden, wenn man dem Reichsgesetz Rechnung tragen wolle. Weiter kritisiert der Redner, daß der Bericht des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen verloren gegangen ist. — Dietrich (Arbn.) bemängelt die hohen Abgaben. Das schlimmste sei, daß die Vermieter die Abgabe einziehen müßten. Auch diese Vorlage ziehe einen großen Beamtenapparat nach sich. Die Beiträge könnten nicht eingetrieben werden, sie brächten auch eine Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten. Die Hausbesitzer wollten nichts anderes, als was ihnen von Rechts wegen zustehe. — Ein Schlußantrag Neufeld wird angenommen; ebenso der Antrag Ambrosius auf Ausschußberatung.

Weitere Erhöhung des Schulgeldes. — Ambrosius (Dem.) fordert die Einführung der Schulsteuer. Die Antwort des Senates hierüber in der vorigen Sitzung sei nichtssagend. Die neue Belastung sei außerordentlich hoch, und insbesondere für Angestellte unerträglich. Redner beantragt, Maßnahmen zur Erhebung einer Schulsteuer zu treffen. Bedauerlich sei der Ausfall, den die Einführung der Einheitsschule gebracht habe. — Senator Dr. Vermehren: Die Oberschulbehörde wünscht die Erhebung einer Schulsteuer und hat an maßgebender Stelle dafür gewirkt. Ein Weg hierzu ist noch nicht gefunden. Ohne Bezug auf die Einkommensteuer ist sie nicht zu erheben und da hält der Reichsfinanzminister seine Hand darauf. Der Senat nehme gern brauchbare Vorschläge entgegen. — Frl. Wolgast (DN.) befürchtet durch das erhöhte Schulgeld eine starke Abwanderung von den Mittel- und höheren Schulen. Sie bezweifelt die Berechtigung der höheren Abgabe im Laufe des Jahres und lehnt die Vorlage ab. — Frau Greve (Komm.) fordert grundsätzlich freien Schulbesuch, um mindestens bis zu 300 000 Mark Einkommen. — Ambrosius (Dem.) fordert lediglich energische Vorstellungen beim Reich zur Einführung der Schulsteuer. — Senator Dr. Vermehren: Oberste Einsicht ist nicht so groß im Reiche, um eine baldige Durchführung erhoffen zu lassen. — Senator Dr. Kalkbrenner hält das hiesige Schulgeld im Verhältnis zu anderen Städten für bescheiden. Man sollte doch auch bei den Einnahme des Staates die Geldentwertung berücksichtigen. — Bassarge (Soz.) fragt, ob es richtig sei, daß die Gewerbeschule schlechte Lichtverhältnisse habe. — Das wird bestätigt. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Antrag von Ambrosius.

Nachbewilligung für den Ausbau der Seebadeanstalt in Travemünde. — Bassarge (Soz.) kommt auf die Finanzkräfte des Staates zu sprechen. Die Behörde sollte die Sparsamkeit auch selbst beherzigen. Bei der Ausbreitung der Reitbahn habe man aber nicht danach gehandelt. Die Arbeiten hätte man an einen Unternehmer vergeben, der über 100 000 ℳ mehr als andere gefordert hätte. Man habe sich mit großer Eile entschuldigt. So dürfe nicht weiter gewirtschaftet werden. Das Mindestangebot sei von der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft abgegeben worden. Das sei wohl der Grund, weshalb der Privatunternehmer Zuschlag erhielt. Weitere Angebote derselben Baugesellschaft hätten dem Staate wirklich eine halbe Million erspart. Das Verdingungsamt, das doch hätte abschaffen werden sollen, werde als Vorwand gegen die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft benutzt. Will man die G. A. G. ausschalten, habe es keinen Zweck, Submissionen auszuschreiben. Redner stellt den Antrag, das Verdingungsamt von der Baubehörde zu lösen. Es frage sich weiter, ob die Person, die die Mehrausgaben verschuldete, zur Verantwortung gezogen werde. Seine Fraktion werde sich mit dieser Frage noch beschäftigen. Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft habe dem Staate schon Hunderttausende erspart. Ihre Arbeit sei ebenso qualitätsreich wie jede andere. Die Baubehörde müsse noch reformiert werden. — Senator Dr. Stooß erklärt, für sein Tun nur der Baubehörde verantwortlich zu sein. Auch ein anderer hätte die Arbeit trotz billigeren Angebotes nicht erhalten. Die Arbeitsgenossenschaft habe ein solch niedriges Angebot gemacht, daß sie große Verluste gehabt habe. An den Arbeiten sei nichts auszusetzen. Solange die Vorschriften des Verdingungsamtes bestehen, muß danach gehandelt werden. — Klann (Kom.) lehnt die Vorlage ab. Travemünde sei nur die Betstube der Reaktion und der Smarotzer. Der Staat unternehme nichts für die Erwerbslosen. Die Republik vertrete nur Geldsacksinteressen. — Kleinfeld (Soz.) wundert sich über die Fürsorglichkeit der Baubehörde und erklärt, die Arbeitsgenossenschaft habe genau kalkuliert. Wenn die Baubehörde weiter so wirtschafte, vergehe einem die Lust, dort tätig zu sein. Derartige Sachverständigenurteile werde man sich nicht mehr gefallen lassen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Erlaß eines dreizehnten Nachtrages zum lübeckischen Gerichtskostengesetz vom 12. November 1900 und eines dritten Nachtrages zum Gesetz über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten vom 24. März 1920. — Brehmer (Soz.) bedauert die Verzögerung dieser und anderer Vorlagen. In diesem Falle habe der Staat große Einbußen erlitten. Die Vorlage entspreche trotzdem nicht den Erwartungen. Redner stellt das Ersuchen, daß der Senat der Bürgerschaft eine neue Vorlage entgegenbringt. Die Gebührenstufen müßten der Geldentwertung angepaßt und neue Einnahmequellen gesucht werden. Insbesondere müßten die Wiederempfänger von Diebstahlsgut zu den Unkosten herangezogen und die Testamentskosten höher gesetzt werden. Auch die Beglaubigungskosten müßte man entsprechend erhöhen. Redner stellt ferner das Ersuchen, bei der Justiz eine Behörde nach den Grundsätzen anderer Behörden zu schaffen. — Evers (DV.) beleuchtet die Vorlage vom Standpunkt der Notare aus. Sie entspreche der Teuerung nicht. Preußen arbeite hierin schneller und habe weit höhere Sätze beschlossen. In den Berufskreisen der Rechtsanwälte und Notare sehe es nicht mehr gut aus, die freien Berufe würden herabgesetzt. Sie könnten unter diesen Umständen ihre Angestellten nicht menschenwürdig entlohnen. — Dr. von Brocken (DN.) hält die abfällige Kritik des Vorredners an der Justizverwaltung für berechtigt. Kaufleute und Gewerbetreibende seien durchaus in der Lage, die erhöhten Kosten zu tragen. — Senator Dr. Stooß verweist darauf, daß die Finanzbehörde früher die Sätze für zu hoch gehalten und herabgesetzt habe. — Heilborn (Komm.) ist der Meinung, der Senat handle immer so schlecht, wie in diesem einzelnen Falle. Die Rechtspflege müsse kostenlos erfolgen; seine Fraktion lehne die Vorlage ab. — Reimpell (DN.) nimmt die Finanzbehörde in Schutz. Sie habe nur die Prozentsätze gekürzt. — Brehmer (Soz.) erwidert dem kommunistischen Redner, die Kapitalisten würden sich bei den Kommunisten gern bedanken, wenn sie von den Gerichtskosten entbunden würden. — Heilborn (Komm.): Es handelt sich darum, daß wir die Gesellschaft umgestalten wollen, während die jetzige Rechtsordnung den kapitalistischen Staat hochhalten soll. — Brehmer (Soz.) bestreitet, daß die Sozialdemokratie vollkommene Unentgeltlichkeit der Rechtspflege gefordert habe. Jede Macht habe eine Rechtsordnung nötig. — Einen Zwischenruf Klanns (Komm.), am Presetisch unverständlich, weist der Wortführer zurück. — Die Senatsvorlage wird mit den beantragten Abänderungen angenommen.

Ohne oder mit unwesentlicher Debatte wurden folgende Anträge angenommen:

Nachbewilligung für die Herstellung von Handfertigkeitsräumen in der St.-Lorenz-Mittelschule. — Einbau einer Dienstwohnung in das Maschinenhaus der Hafendrehbrücke. — Umpflasterung der Straße auf der Wallhalbinsel. — Instandsetzung eines Motors im Allgemeinen Krankenhause. — Instandsetzung des Hauses Parade 1.

10 Uhr.

(8895

Erdal

Marke Rotfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

SUNLICHT

Unzählige Achteckstücke
der altbewährten
SUNLICHT SEIFE
wandern täglich aus der Fabrik
auf den Waschtisch und ins Bad.

SUNLICHT (SCHUTZMARKE) SEIFE

gw.

8918